

Zuwendungsvertrag

Zwischen

1. der **Freien und Hansestadt Hamburg** (Sondervermögen Stadt und Hafen) (nachfolgend ***Zuwendungsgeber***)

und

2. der **Digital Art Museum GmbH** (nachfolgend ***Zuwendungsempfänger***)

(Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger gemeinsam als ***Parteien***
und jede einzeln als ***Partei*** bezeichnet).

PRÄAMBEL

- (A) Der Zuwendungsempfänger plant die Errichtung und den langfristigen Betrieb einer Digitalkunstausstellung (Digital Art Museum, **DAM**) im Quartier Elbbrücken nach näherer Maßgabe dieses Zuwendungsvertrags sowie des in Anlage F dieser Urkunde geschlossenen Grundstückskaufvertrags. Hierzu erwirbt der Zuwendungsempfänger (gemeinsam mit der Studierendenwerk AöR) nach Maßgabe des Grundstückskaufvertrags das darin näher beschriebene Kaufgrundstück 6 von der FHH und wird nach Aufteilung in Wohnungs- und Teileigentum Eigentümer des Teileigentums Museumsbau.
- (B) Der Museumsbau soll langfristig für eine Kulturelle Nutzung nach näherer Maßgabe dieses Zuwendungsvertrags sowie der Regelungen in Ziff. 10.6 des Grundstückskaufvertrags genutzt werden. In den ersten zehn Jahren nach [REDACTED] soll der Museumsbau mit Unterstützung [REDACTED] von teamLab Inc. als DAM betrieben werden.
- (C) Andere Nutzungen als Kulturelle Nutzungen i.S. von Ziff. 10.6.1 des Grundstückskaufvertrags sind in dem Museumsbau generell nicht zulässig. Dies wird durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Grundstücks bzw. des Teileigentums Museumsbau dinglich gesichert.
- (D) Um die Umsetzung des Projekts zu ermöglichen, beabsichtigt der Zuwendungsgeber im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung dem Zuwendungsempfänger mit diesem öffentlich-rechtlichen Zuwendungsvertrag eine nach der AGVO¹ freigestellte Kulturinvestitionsbeihilfe in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses zu gewähren.
- (E) Der Zuwendungsgeber hat ein erhebliches Interesse an der Finanzierung und Umsetzung des DAM, um die Attraktivität der östlichen HafenCity sowie des Elbbrückenquartiers zu steigern und zu einer erfolgreichen Stadtentwicklung in der östlichen Hamburger Innenstadt und den angrenzenden Stadträumen in Hamburg beizutragen.
- (F) Ein wesentlicher Zweck des Sondervermögens „Stadt und Hafen“ ist es, die städtebauliche Umgestaltung des „innerstädtischen Hafenrands“ zu finanzieren (§ 2 des Gesetzes über das „Sondervermögen Stadt und Hafen“). Mit seinen Einnahmen soll das Sondervermögen insbesondere die für die Umnutzung dieses Gebiets erforderlichen Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben finanzieren (vgl. Drs. 15/7460, S. 8). Die Transformationsaufgabe des Sondervermögens „Stadt und Hafen“ war bewusst weit gefasst, um Hamburg ausreichend Spielräume zu geben, durch direkte Investitionen die Voraussetzungen zu schaffen, dass Hamburg einen deutlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert generiert, der sich aus einem urban gemischten Innenstadtquartier generieren lässt. Neben der Ansiedlung von Unternehmen galt es auch stets, dass Hamburg aus den weltweit wachsenden Wirtschaftszweigen Tourismus, Kultur und Freizeit Früchte im Sinne einer nachhaltigen Stadttrendite ziehen kann, wenn es hierfür attraktive Angebote schafft. Der „innerstädtische Hafenrand“, zu dem auch das Quartier Elbbrücken zählt, bietet hierfür als Standort ideale Voraussetzungen, die andernorts nicht vorliegen (vgl. Drs.15/7460, S. 5).
- (G) Die Entwicklung der HafenCity war und ist stets durch höchste Ansprüche an Innovation geprägt. So auch in Form des städtebaulichen Entwurfs der feinkörnigen horizontalen und vertikalen Nutzungsdurchmischung. Das DAM steht wie kein anderes Kunstkonzept für einen möglichen Tipping-

¹ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. (EU) 2014 Nr. L 187/1 i. d. F. der Verordnung Nr. 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. (EU) 2021 Nr. L 270/39

Point im Umgang mit immersiver Kunst. Die inhaltliche Ausrichtung des DAM wird das Thema der Digitalisierung an der Schnittstelle zwischen Kunst, Wissensvermittlung und Unterhaltung für ein breites Publikum erlebbar und erfahrbar machen. Das DAM wird damit ein innovatives kulturelles Angebot im „innerstädtischen Hafenrand“ darstellen, aus dem Hamburg einen signifikanten wirtschaftlichen Nutzen ziehen kann. Mit dem DAM wird in der HafenCity und für Deutschland exklusiv ein Ausstellungskonzept für Digitalkunst mit internationaler Strahlkraft realisiert. Für die östliche HafenCity wird das DAM zudem Identitätsstifter für ein kosmopolitisch geprägtes Elbbrückenquartier sein. Mit dem DAM wird das Quartier Elbbrücken als internationaler Standort für digitale Kunst und Innovation positioniert und zugleich ein europäisches Touristenziel mit hoher Anziehungskraft etabliert. Die erwarteten Besucherströme des DAM werden sich spürbar positiv auf Frequenz und Auslastung des Elbbrückenquartiers sowie der gesamten HafenCity auswirken und auch damit zur Attraktivität des Standorts beitragen. Es ist davon auszugehen, dass das DAM einen spürbaren Beitrag zur Entwicklung Hamburgs zur modernen Metropole des digitalen Fortschritts leisten wird.

- (H) Für eine erfolgreiche Stadtentwicklung der HafenCity und der angrenzenden Stadträume in Hamburg ist die kulturelle Prägung des Ortes von besonderer Bedeutung. Das Gebiet der heutigen HafenCity war als Teil des Hamburger Freihafens lange Zeit ein „weißer Fleck“ im Bewusstsein vieler Menschen in Hamburg. Der Freihafen und das Hamburger Hafenentwicklungsgesetz schlossen hafenfremde Nutzungen praktisch aus und ließen keinen Platz für ein soziales und kulturelles Zusammenleben. Entscheidende Erfolgsfaktoren der Stadtentwicklung sind indes die Schaffung von sozialen und kulturellen Begegnungsorten, die über viele Jahre eine Strahlkraft und damit einen Mehrwert für die ganze Innenstadt Hamburgs entfalten. Um das Zielbild eines dauerhaft lebendigen Stadtteils zu erreichen, ist mit dem im Jahr 2000 beschlossenen „Masterplan HafenCity“ das städtebauliche Konzept der Mischnutzung niedergelegt, das ein Wohnraumkonzept für alle gesellschaftlichen Gruppen und die intensive Begleitung sozialer Prozesse in den Quartieren beinhaltet.
- (I) Einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des städtebaulichen Konzepts leisten insbesondere auch Nutzungen aus Kunst und Kultur, die durch eine kulturelle Besetzung des Ortes, wie sie durch das DAM erfolgen soll, die Entwicklung der HafenCity erst ins öffentliche Interesse rücken und verankern. Dies stellt eine wichtige Voraussetzung für eine gesellschaftlich relevante, städtebauliche Entwicklung dar. Zum anderen sorgt die direkte Förderung von Kunst und Kultur dafür, dass Stadtentwicklung nicht nur die physischen Voraussetzungen für eine lebendige HafenCity in Zukunft schafft, sondern die über längeren Zeitraum durch Bauaktivitäten geprägten angrenzenden Stadträume in Hamburg lebenswert macht.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien was folgt:

1. VERTRAGSGEGENSTAND

- 1.1 Als **Zuwendung** gewährt der Zuwendungsgeber dem Zuwendungsempfänger im Rahmen einer Projektförderung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung für

**die Errichtung des Museumsbaus und
die erstmalige Inbetriebnahme des DAM auf dem Baufeld 115
(das *Projekt*)**

für zuwendungsfähige Ausgaben in Höhe von EUR 71.740.000,00 einen **nicht rückzahlbaren Zuschuss** in Höhe von

bis zu EUR 30.100.000,00.

Die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben wurde gem. Ziff. 4.3 nach Maßgabe der geprüften Kostenunterlagen bestimmt. Verwendungszweck ist die Realisierung des Projekts sowie die Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung gem. Ziff. 3.3 durch den Zuwendungsempfänger (**Zuwendungszweck**).

- 1.2 Das Projekt, die für das Projekt notwendigen Investitionen und Ausgaben, der Finanzierungsplan, sowie Einzelheiten zum Verwendungszweck sind näher in dem mit dem Zuwendungsgeber abgestimmten Projekt- und Projektumsetzungsplan des Zuwendungsempfängers vom 14. Dezember 2022 (der **Projektplan**), der als

Anlage G Projektplan

beigefügt ist, beschrieben und festgelegt. Konkrete Vorgaben für die kulturelle Nutzung, den Betrieb der kulturellen Nutzung sowie für das Konzept Digital Art Museum gelten für den Zuwendungsempfänger nach näherer Maßgabe der Ziff. 3.3.

- 1.3 Die für die Projektumsetzung nach gegenwärtigem Kenntnisstand voraussichtlich notwendigen Zahlungen des Zuwendungsempfängers sowie deren voraussichtliche Fälligkeiten sind in dem vorläufigen Zahlungsplan vom 11. Dezember 2022, der als

Anlage G Zahlungsplan

beigefügt ist, in zunächst geringer Detailtiefe dargestellt. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, den Zahlungsplan gemäß Projektfortschritt fortzuschreiben und dem Zuwendungsgeber zur Zustimmung vorzulegen. Der Zuwendungsempfänger hat bei der Fortschreibung des Zahlungsplans die Vorgaben des Zuwendungsgebers, insbesondere in Bezug auf Detailtiefe, Gliederung und Gestaltung, zu berücksichtigen.

2. BEWILLIGUNGSZEITRAUM UND VORHABEN

- 2.1 Die Investitionen für das Projekt sind in dem Zeitraum zwischen dem 23. September 2022 und [REDACTED] (**Bewilligungszeitraum**) durchzuführen.
- 2.2 Das Projekt gilt als abgeschlossen, wenn die Endgültige Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau gegeben und das letzte zum Projekt gehörende Wirtschaftsgut im steuerrechtlichen Sinne angeschafft oder hergestellt ist und seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.
- 2.3 Sollte das Projekt nicht innerhalb des Bewilligungszeitraums abgeschlossen werden (können), ist dies dem Zuwendungsgeber rechtzeitig vor Ablauf des Bewilligungszeitraums mitzuteilen. Rechtzeitig vor Ablauf des Bewilligungszeitraums können die Parteien eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums vereinbaren. Der Zuwendungsgeber wird bei seiner Entscheidung über die Zustimmung zur Verlängerung des Bewilligungszeitraums insbesondere berücksichtigen, in welchem Umfang das Projekt bereits realisiert wurde und ob Verzögerungen auf Umständen beruhen, die im Verhältnis der Parteien zueinander der Zuwendungsempfänger zu vertreten hat. Ein Anspruch des Zuwendungsempfängers auf Zustimmung zur Verlängerung des Bewilligungszeitraums besteht nicht.

- 2.4 Verlängert sich die Frist für die Endgültige Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau gem. Ziff. 9.1.5 lit. (d) des Grundstückskaufvertrags, verlängert sich auch das Ende des Bewilligungszeitraums gem. Ziff. 2.1 um den entsprechenden Zeitraum.

3. ZWECKBINDUNG

- 3.1 Die Zuwendung ist nur zur Finanzierung derjenigen Ausgaben bestimmt, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den in dem festgelegten Bewilligungszeitraum vorzunehmenden Investitionen zur Realisierung des Projekts stehen (**Zweckbindung**). Mit der Zuwendung dürfen nur diejenigen Ausgaben finanziert werden, die nach Ziff. 4.3 als zuwendungsfähig anerkannt wurden. Die Zuwendungsfähigkeit setzt für angeschaffte Wirtschaftsgüter voraus, dass diese nach Steuerrecht aktiviert werden.
- 3.2 Die Zuwendung kann für Ausgaben im Rahmen des Zuwendungszwecks, die innerhalb des Bewilligungszeitraums entstehen, verwendet werden; Ziff. 2.1 gilt entsprechend. Die Zuwendung kann auch für Ausgaben für Planungsleistungen, die als zuwendungsfähig anerkannt wurden, verwendet werden, die ab Oktober 2020 (Beginn Architektenverfahren gem. Anhandgabe) entstanden sind. Für den Mittelabruf sind die Regelungen in Ziff. 5 zu beachten.
- 3.3 Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich gegenüber dem Zuwendungsgeber zu einer mehrjährigen Gegenleistung und ist in diesem Zeitraum an die Erbringung der Gegenleistung gebunden. Die Gegenleistungsverpflichtung besteht darin, zur Steigerung der Attraktivität des Kultur- und Tourismusangebots Hamburgs für mindestens 30 Jahre nach näherer Maßgabe der Ziff. 10.6.1 bis 10.6.4 des Grundstückskaufvertrags und der dort in Bezug genommenen Anlagen das DAM zu betreiben (**Gegenleistungsverpflichtung**). Die Bindungsdauer beträgt nach näherer Maßgabe der Ziff. 10.6.1 bis 10.6.4 des Grundstückskaufvertrags 30 Jahre ab Eröffnung für den Publikumsverkehr nach näherer Maßgabe der Ziff. 10.6.2 des Grundstückskaufvertrags oder ab Endgültiger Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau, je nachdem, was früher eintritt (**Bindungsdauer**). Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, dem Zuwendungsgeber den Eröffnungstermin schriftlich mitzuteilen. Im Falle der Nichterfüllung der Gegenleistungsverpflichtung kann der Zuwendungsgeber nach näherer Maßgabe der Ziff. 13 und 14 vom Zuwendungsvertrag zurücktreten bzw. den Zuwendungsvertrag anpassen und die Zuwendung ganz oder teilweise erstattet verlangen.
- 3.4 Für den Zeitraum der Bindungsdauer ist der Zuwendungsempfänger jährlich, jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres, verpflichtet, über die Nutzenstiftung (vgl. Nr. 6.2.11 VV zu § 46 LHO) im vergangenen Kalenderjahr zu berichten. Der Bericht soll alle Angaben enthalten, die notwendig sind, um die Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung prüfen zu können, sowie Erläuterungen dazu, ob und wie die Verpflichtungen aus Ziff. 3.5, 3.6 und 3.7 eingehalten wurden. Die Angaben, die der Bericht in jedem Fall enthalten muss, sind näher in der

Anlage G Mindestangaben Bericht

festgelegt. Auf Anforderung des Zuwendungsgebers hat der Zuwendungsempfänger zudem unverzüglich geeignete Nachweise als Beleg für die Angaben in dem Bericht vorzulegen.

- 3.5 Der Zuwendungsgeber ist ferner verpflichtet, während der Bindungsdauer von den insgesamt verfügbaren [REDACTED] Brutto-Grundfläche (**BGF**) des Museumsbaus jährlich mindestens [REDACTED] ausschließlich für kulturelle Zwecke nach Maßgabe der Ziff. 10.6.2 des Grundstückskaufvertrags zu nutzen.

- 3.6 Die mit Hilfe der Zuwendung beschafften bzw. hergestellten Vermögenswerte, Anlagen und Wertgegenstände sind mind. entsprechend ihrer nach den einschlägigen Vorschriften vorgesehenen Abschreibungsdauer zu nutzen. Sie müssen im Eigentum des Zuwendungsempfängers und, im Falle beweglicher Gegenstände, in dem geförderten Museumsbau verbleiben und entsprechend dem Zuwendungszweck eingesetzt werden, es sei denn, sie werden durch funktional und qualitativ gleich- oder höherwertige Wirtschaftsgüter ersetzt oder sind sowohl objektiv wirtschaftlich verbraucht als auch für die weitere Erfüllung des Zuwendungszwecks objektiv nicht mehr erforderlich. Auf Nr. 4 ANBest – P wird hingewiesen.
- 3.7 Während der Bindungsdauer ist eine Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung der geförderten Vermögenswerte ohne die schriftliche Zustimmung des Zuwendungsgebers unzulässig. Eine Vermietung und Verpachtung ist zulässig, soweit sie im Rahmen einer steuerlich anerkannten Betriebsaufspaltung, Mitunternehmer- oder Organschaft geschieht. Der Zuwendungsgeber wird zudem seine Zustimmung zur Vermietung oder Verpachtung erteilen, wenn die Vermietung oder Verpachtung mit den Anforderungen dieses Zuwendungsvertrags, insbesondere den Anforderungen der Freistellung gem. Ziff. 6.1, vereinbar ist. Der Zuwendungsgeber wird seine Zustimmung zu einer Sicherungsübereignung erteilen, wenn der Zuwendungsempfänger nachweist, dass dies (i) für die Finanzierung des Projekts im Übrigen erforderlich ist und (ii) dadurch der Zuwendungszweck sowie die Sicherheit etwaiger Rückgewähr- bzw. Erstattungsansprüche nicht beeinträchtigt werden.
- 3.8 Klarstellend vereinbaren die Parteien, dass die Einrichtung eines Spielplatzes auf der Dachfläche des Museumsbaus für die Bewohner in der Nachbarschaft sowie die dingliche Sicherung dieses Rechts nach Maßgabe dieses Vertragswerks mit dem Zuwendungszweck und der Zweckbindung vereinbar sind und keiner gesonderten Zustimmung des Zuwendungsgebers bedürfen.

4. BAUFACHLICHE ANFORDERUNGEN; ZUWENDUNGSFÄHIGE AUSGABEN

- 4.1 Die bauliche Ausführung des Projekts muss der Baubeschreibung Museumsbau entsprechen. Der Bewilligung der Zuwendung liegt zudem die Prüfung der Bauunterlagen zugrunde. Das Ergebnis der Prüfung ist gemeinsam mit einer Übersicht über die vom Zuwendungsempfänger zur Verfügung gestellten und geprüften Bauunterlagen zu Beweis Zwecken als

Anlage G Prüfung Bauunterlagen

beigefügt. Nr. 1.4 NBest – Bau gilt entsprechend.

- 4.2 Der Zuwendungsempfänger wird eine Baurechnung entsprechend Nr. 2 NBest – Bau führen.
- 4.3 Die Geprüften Bauunterlagen enthalten geprüfte und vom Zuwendungsgeber freigegebene Kostenunterlagen, aus denen sich weitere Einzelheiten zu den vom Zuwendungsgeber anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben dem Grunde und der Höhe nach ergeben.

5. MITTELABRUF

- 5.1 Zahlungen aus der Zuwendung werden frühestens an den Zuwendungsempfänger geleistet, wenn die Fertigstellung Basiszustand Museumsbau gegeben ist. Die Zuwendung ist nur zur Finanzierung derjenigen Ausgaben bestimmt und hierauf beschränkt, die gem. Ziff. 4.3 zuwendungsfähig sind. Die Zuwendung darf erst in Anspruch genommen werden, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind (Nr. 1.5 ANBest – P). Zahlungen aus der Zuwendung können daher nur erfolgen, wenn nach dem (mit Zustimmung des Zuwendungsgebers fortgeschriebenen) Zahlungsplan ersichtlich ist, dass der noch nicht ausgezahlte Teil der Zuwendungen

abzüglich eines Restbetrages in Höhe von EUR 5 Mio. ausreicht, um die endgültige Fertigstellung des Bauvorhabens Museumsbau und Inbetriebnahme des DAM zu finanzieren.

- 5.2 Die Zuwendung kann jeweils nur dann (anteilig) ausgezahlt werden, wenn die folgenden Auszahlungsbedingungen kumulativ gegeben sind:
- ▶ Der Zuwendungsempfänger ist Eigentümer des Teileigentums Museumsbau,
 - ▶ ein Wiederkaufsfall, dessen Ausübung noch fristgerecht möglich wäre und auf dessen Ausübung (noch) nicht verzichtet wurde, liegt nicht vor,
 - ▶ die Fertigstellung Basiszustand Museumsbau ist gegeben,
 - ▶ der Zuwendungsempfänger und teamLab Inc. bestätigen schriftlich nach Fertigstellung Basiszustand Museumsbau, in welchem Zeitraum die Eröffnung des DAM für den Publikumsverkehr nach dem Konzept Digital Art Museum gem. Grundstückskaufvertrag erfolgen wird, und
 - ▶ vor der jeweiligen Auszahlung hat der Zuwendungsempfänger nachgewiesen, dass nach Bau- bzw. Projektfortschritt gemäß jeweils aktueller Projektplanung keine Finanzierungslücke besteht, die der Endgültigen Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau und Inbetriebnahme des DAM entgegensteht. Hierzu wird der Zuwendungsempfänger dem Zuwendungsgeber einen aktualisierten, vom Zuwendungsgeber genehmigten und zum Zeitpunkt des Mittelabrufs von dem beauftragten Generalunternehmer, den beauftragten Lieferanten und dem Projektsteuerer des Zuwendungsempfängers verbindlich bestätigten Zahlungsplan vorlegen, aus dem sich ergibt, dass der Restbetrag der Zuwendung, der nach Abzug eines Betrags von EUR 5 Mio. verbleibt, ausreicht, um verbleibende Ausgaben für die Endgültige Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau und Inbetriebnahme des DAM zu finanzieren.
- 5.3 Ein Mittelabruf über einen Betrag von EUR 25.100.000,00 hinaus ist darüber hinaus nur dann möglich, wenn (i) die Endgültige Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau gegeben ist und (ii) der Zuwendungsempfänger das DAM nach näherer Maßgabe der Ziff. 10.6.3 des Grundstückskaufvertrags für den Publikumsverkehr eröffnet hat.
- 5.4 Abweichend von Nr. 1.7 ANBest – P kann der Zuwendungsempfänger die Zuwendung nur insoweit und nicht eher anfordern, als sie für Zahlungen auf fällige oder alsbald fällige Forderungen für zuwendungsfähige Ausgaben für tatsächlich ausgeführte Leistungen (also nicht für Vorauszahlungen) benötigt wird. Ausnahmen hiervon bedürfen der Zustimmung des Zuwendungsgebers. Die Zuwendung wird ohne Umsatzsteuer und nach Abzug der gewährten Rabatte, Skonti, Boni u.ä per Überweisung an ein von dem Zuwendungsempfänger zu benennendes Konto ausgezahlt.
- 5.5 Die Auszahlung der Mittel ist schriftlich unter Nutzung des Vordrucks Ausz.-Zbau in der jeweils aktuellen Fassung zu beantragen. Mit der Auszahlungsanforderung sind die Rechnungen über zuwendungsfähige Ausgaben sowie geeignete Nachweise über die tatsächliche Ausführung bzw. die Lieferung und Übereignung an den Zuwendungsempfänger einzureichen (sofern keine Ausnahme nach Ziff. 5.4 vorliegt). Die Bezuschussung von Barzahlungen und Verrechnungen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Auszahlungsanforderungen müssen im Regelfall den Betrag von EUR 500.000,00 erreichen. Der Zuwendungsgeber wird die Auszahlungsanforderung binnen angemessener Frist prüfen.

Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, selbst oder durch vom Zuwendungsgeber beauftragte Dritte den Leistungsstand, auf den sich ein Auszahlungsverlangen bezieht, auf der Baustelle zu prüfen. Der Zuwendungsempfänger ermächtigt bereits hiermit die von ihm mit der Ausführung der Leistungen beauftragten Bauunternehmen und weist sie an, dem Zuwendungsgeber, dem Prüfer oder dem vom

Zuwendungsgeber beauftragten Dritten Auskunft zum Leistungsstand zu geben, Einblick in die Baurechnung nebst Anlagen zu gewähren und im Hinblick auf den Leistungsstand relevante Unterlagen vorzulegen. Auf Verlangen des Zuwendungsgebers oder des durch ihn beauftragten Dritten sind für Zwecke der Dokumentation Kopien der Baurechnung bzw. relevanter Unterlagen auszuhändigen.

- 5.6 Der Zuwendungsgeber kann die Auszahlung verweigern, wenn er konkrete Zweifel daran hat, dass die Erfüllung des Zweckes gem. Ziff. 3 hinsichtlich der Errichtung des Bauvorhabens Museumsbaus, der anschließenden Inbetriebnahme nach dem Konzept Digital Art Museum sowie der kulturellen Nutzung des Museumsbaus während der Bindungsdauer sichergestellt ist. Liegen Gründe für eine Kündigung, einen Rücktritt, eine Reduzierungsmittelteilung oder eine einseitige Anpassung des Zuwendungsvertrags vor, kann die Auszahlung auch vor Kündigung, Rücktritt, Reduzierungsmittelteilung oder einseitiger Anpassung dieses Zuwendungsvertrags verweigert werden.
- 5.7 Aus dem Zuwendungsvertrag kann kein Anspruch auf eine weitere finanzielle Unterstützung gleich welcher Art abgeleitet werden.

6. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

6.1 Beihilferechtliche Freistellung der Zuwendung

- 6.1.1 Die Zuwendung wird als freigestellte Investitionsbeihilfe für kulturelle Zwecke und Aktivitäten i.S.v. Art. 53 Abs. 1, Abs. 2 lit. a) und d), Art. 3 lit. a) AGVO gewährt (**Kulturinvestitionsbeihilfe**).
- 6.1.2 Der Zuwendungsempfänger ist nach Maßgabe der Ziff. 3 verpflichtet, eine Kulturelle Nutzung des geförderten Projekts sicherzustellen. Er gewährleistet nach Maßgabe der Ziff. 3, dass während der Bindungsdauer jährlich mindestens 80 % der verfügbaren Räumlichkeiten des Museumsbaus für kulturelle Zwecke genutzt werden.
- 6.1.3 Der Zuwendungsempfänger sichert im Wege eines selbstständigen Garantieversprechens zu, dass sämtliche Angaben zu dem Projekt aktuell, zutreffend und vollständig sind. Verletzt der Zuwendungsempfänger diese Garantie, ist er verpflichtet, dem Zuwendungsgeber sämtliche daraus resultierende Schäden, insbesondere Abwicklungskosten, zu ersetzen. Weitergehende Ansprüche des Zuwendungsgebers bleiben unberührt.
- 6.1.4 Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, dem Zuwendungsgeber alle Informationen und Unterlagen auf erstes Anfordern hin zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um die Freistellung der Beihilfe nachzuweisen.
- 6.1.5 Der Zuwendungsempfänger sichert zu, dass er zum Zeitpunkt des Abschlusses des Zuwendungsvertrags kein Unternehmen in Schwierigkeiten i.S.d. Art. 2 Nr. 18 AGVO ist und dass keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von der Bundesrepublik Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt existiert, der der Zuwendungsempfänger nicht nachgekommen ist.
- 6.1.6 Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt und er erklärt sich damit einverstanden, dass der Zuwendungsgeber Informationen zur Zuwendung gemäß Art. 9 Abs. 1 und Art. 11 Abs. 1 AGVO veröffentlicht bzw. an andere Stellen weitergibt.
- 6.1.7 Die Parteien stellen klar, dass der Zuwendungsempfänger insbesondere das Risiko für die Erfüllung sämtlicher Freistellungsvoraussetzungen gem. AGVO trägt, es sei denn, der Zuwendungsgeber ist

allein für die Erfüllung einer Freistellungsvoraussetzung verantwortlich und der Zuwendungsempfänger kann hierauf keinen Einfluss nehmen.

6.2 Beachtung des Haushaltsrechts

Bei der Auslegung und Anwendung dieses Zuwendungsvertrags sowie im Falle ergänzender Vertragsauslegung sind die Landeshaushaltsordnung (**LHO**) vom 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 503), zuletzt geändert am 27. April 2021 (HmbGVBl. S. 283, 284) in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere § 46 der LHO, mit den Verwaltungsvorschriften (**VV**) zu § 46 LHO in der jeweils gültigen Fassung zu berücksichtigen.

Die als

Anlage G Allgemeine Nebenbestimmungen

beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (**AN-Best – P**, Anlage 2 der VV zu § 46 LHO) sowie die Baufachlichen Nebenbestimmungen (**NBest – Bau**, Anlage 3 der VV zu § 46 LHO) sind Bestandteile dieses Zuwendungsvertrags, soweit der Zuwendungsvertrag keine abweichenden Regelungen enthält. Die Anlage enthält auch die in diesem Zuwendungsvertrag in Bezug genommenen Vordrucke in der aktuell gültigen Fassung.

7. ÄNDERUNGEN DES PROJEKTS UND DES ZAHLUNGSPLANS; NACHTRÄGLICHE ERMÄßIGUNG DER AUSGABEN ODER ÄNDERUNG DER FINANZIERUNG

- 7.1 Änderungen des Projektplans und Abweichungen von der Baubeschreibung Museumsbau sind nur mit Zustimmung des Zuwendungsgebers zulässig.
- 7.2 Falls sich nach Abschluss des Zuwendungsvertrags die im Projektplan veranschlagten Gesamtausgaben ermäßigen oder sich die Deckungsmittel oder Betriebsgewinne erhöhen oder neue Deckungsmittel hinzutreten, so ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, den Zuwendungsgeber hierüber unverzüglich zu unterrichten. In diesem Fall vermindert sich die Zuwendung vorbehaltlich der Ziff. 7.4 um den vollen in Betracht kommenden Betrag (Nr. 2.1.2 ANBest – P). Der Zuwendungsgeber wird in einem solchen Fall schriftlich und unter Angabe eines konkreten Betrags mitteilen, dass sich die Höhe der Zuwendung entsprechend reduziert (**Reduzierungsmitteilung**).
- 7.3 Spricht der Zuwendungsgeber eine Reduzierungsmitteilung aus, ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, bereits ausgezahlte Beträge, die über die reduzierte Höhe der Zuwendung hinausgehen, unverzüglich an den Zuwendungsgeber zu erstatten. Ziff. 14.4 und 14.5 sind entsprechend anzuwenden.
- 7.4 Die Aufstellung der zuwendungsfähigen Ausgaben gem. Ziff. 4.3 ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die Einzelansätze der Ausgaben dürfen um bis zu 20 % überschritten werden, wenn die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden kann. Für Abweichungen, die die Gesamtsumme betreffen, oder Abweichungen von mehr als 20 % der Einzelansätze ist die vorherige schriftliche Zustimmung des Zuwendungsgebers einzuholen.

8. VERWENDUNGSNACHWEIS

- 8.1 Die Verwendung der Zuwendung ist entsprechend Nr. 6 ANBest – P i.V.m. Nr. 3 NBest – Bau nachzuweisen. Hierfür ist der Vordruck VN-Zbau in der jeweils aktuellen Fassung zu nutzen.

- 8.2 Abweichend von Ziff. 8.1 gilt, dass der Verwendungsnachweis sechs (6) Monate nach Abschluss des Projekts, spätestens aber sechs (6) Monate nach Ende des Bewilligungszeitraums vorzulegen ist.

9. MITTEILUNGS- UND OFFENBARUNGSPFLICHTEN

- 9.1 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, dem Zuwendungsgeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen, wenn sich der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen.
- 9.2 Insbesondere ist der Zuwendungsempfänger immer dann zur Mitteilung verpflichtet, wenn
- ▶ er nach Vorlage der finanziellen Planung gemäß Projektplan oder auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er ggfs. weitere Mittel von Dritten erhält,
 - ▶ sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
 - ▶ Vermögensgegenstände, deren Anschaffung mit der Zuwendung gefördert wurde, innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,
 - ▶ ein Wiederkaufsfall nach Ziff. 15.3.6, 15.3.7 oder 15.3.8 des Grundstückskaufvertrags vorliegt;
 - ▶ ein Kontrollwechsel nach Ziff. 13.2 des Grundstückskaufvertrags vorliegt mit der Maßgabe, dass abweichend von Ziff. 13.2.2 des Grundstückskaufvertrags die Mitteilungspflicht für Kontrollwechsel bis zum Ablauf der Bindungsdauer gilt, oder
 - ▶ ein Insolvenzverfahren gegen den Zuwendungsempfänger beantragt oder eröffnet wird.
- 9.3 Im Übrigen gelten die weiteren Mitteilungspflichten der Nr. 5 ANBest – P und Nr. 1.2 NBest-Bau.

10. UNBESETZT

11. VERGABE VON AUFTRÄGEN DURCH DEN ZUWENDUNGSEMPFÄNGER

- 11.1 Der Zuwendungsempfänger ist unter Beachtung der Grundsätze des Haushaltsrechts zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der gewährten Mittel verpflichtet.
- 11.2 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, Aufträge im Zusammenhang mit der geförderten Maßnahme nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter und nur zu marktangemessenen Konditionen zu vergeben. Die Konditionen gelten als marktangemessen, wenn Aufträge in einem transparenten, diskriminierungsfreien und wettbewerblichen Verfahren vergeben wurden. Nr. 3 ANBest – P und Nr. 1.1, 1.3 NBest – Bau finden keine Anwendung.
- 11.3 Eine Vergabe von Aufträgen an andere Beteiligte des Vertragswerkes, dessen Bestandteil dieser Zuwendungsvertrag ist, und mit diesen i.S. von § 15 AktG verbundene Unternehmen ist dem Zuwendungsgeber anzuzeigen.
- 11.4 Auf Verlangen des Zuwendungsgebers hat der Zuwendungsempfänger die Marktangemessenheit vereinbarter Konditionen auf eigene Kosten unverzüglich nachzuweisen. Sofern Auftragsvergaben an verbundene Unternehmen erfolgen oder zwischen dem Zuwendungsempfänger und dem potenziellen Auftragnehmer sonstige Verbindungen bestehen, ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, die Angemessenheit der vereinbarten Konditionen unaufgefordert nachzuweisen.

- 11.5 Die Anwendung des vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (*GWB*), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt hiervon unberührt.

12. **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

Sofern für die Zwecke des Marketings, der Werbung und/oder Öffentlichkeitsarbeit Filme, Flyer, Plakate etc. für das Projekt eingesetzt werden sollen, kann der Zuwendungsgeber verlangen, dass vom ihm vorgegebene Logos zu verwenden sind. Mit dem Zuwendungsgeber ist abzustimmen, ob die Logos zu verwenden sind, und diese Erzeugnisse sind nicht eher zu veröffentlichen, bis die schriftliche Freigabe (per E-Mail) durch den Zuwendungsgeber erteilt ist. Belegexemplare von Druckerzeugnissen sind dem Verwendungsnachweis beizufügen. Die Parteien werden im Rahmen von Leitlinien für die Öffentlichkeitsarbeit konkretisieren, bei welchen Arten von Erzeugnissen bzw. Formen der Öffentlichkeitsarbeit die Verwendung von Logos des Zuwendungsgebers grundsätzlich nicht erforderlich ist; in diesem Umfang kann der Zuwendungsempfänger ohne Beteiligung des Zuwendungsgebers Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

13. **KÜNDIGUNG, RÜCKTRITT UND ANPASSUNG DES ZUWENDUNGSBETRAGS**

- 13.1 Der Zuwendungsgeber kann durch schriftliche Erklärung den Zuwendungsvertrag kündigen oder mit Wirkung für die Vergangenheit vom Zuwendungsvertrag zurücktreten, wenn

- ▶ eine der diesem Zuwendungsvertrag zu Grunde liegenden Bestimmungen bzw. eine mit diesem Zuwendungsvertrag verbundene Verpflichtung nicht eingehalten wird, insbesondere wenn der vorgeschriebene Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorgelegt wird oder das Projekt nicht innerhalb des Bewilligungszeitraums abgeschlossen wird;
- ▶ die unter Ziff. 3 genannte Zweckbindung nicht oder nicht mehr gewahrt ist, oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist;
- ▶ unrichtige Angaben gemacht oder Tatsachen verschwiegen wurden, die für die Beurteilung der Förderwürdigkeit bzw. der AGVO-Freistellungsfähigkeit des Vorhabens von Bedeutung waren, oder der Zuwendungsgeber von Tatsachen Kenntnis erhält, die eine andere Beurteilung der Förderwürdigkeit bzw. die AGVO-Freistellungsfähigkeit des Vorhabens oder der Bewilligung bzw. Belassung der Zuwendung nach sich gezogen hätten bzw. nach sich ziehen würden;
- ▶ ein Wiederkaufsfall im Hinblick auf das Teileigentum Museumsbau, dessen Ausübung noch fristgerecht möglich wäre und auf dessen Ausübung (noch) nicht verzichtet wurde, vorliegt oder der Grundstückskaufvertrag aus sonstigen Gründen nicht oder nicht vollständig durchgeführt oder rückabgewickelt wird;
- ▶ ein Insolvenzverfahren gegen den Zuwendungsempfänger beantragt und, wenn der Insolvenzantrag von Dritten gestellt wurde, der Antrag nicht innerhalb von drei Monaten abgewiesen wurde oder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde;
- ▶ eine bestandskräftige oder sofort vollziehbare Rückforderungsanordnung oder ein Rückforderungsbeschluss der Europäischen Kommission vorliegt;
- ▶ eine rechtskräftige oder sofort vollziehbare, auf Rückerstattung der Zuwendung gerichtete Gerichtsentscheidung vorliegt;
- ▶ gegen eine Mitteilungs- und/oder eine Offenbarungspflicht nach Ziff. 9 schuldhaft verstoßen wurde, oder
- ▶ der Zuwendungsgeber in entsprechender Anwendung der §§ 48, 49 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (*HmbVwVfG*) zu einem Widerruf oder einer Rücknahme eines (entsprechenden) Zuwendungsbescheids berechtigt oder verpflichtet wäre.

- 13.2 Unbeschadet seiner Rechte nach Ziff. 13.1 kann der Zuwendungsgeber den Betrag der Zuwendung gem. Ziff. 1.1 einseitig durch schriftliche Erklärung aus wichtigem Grund anpassen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn und soweit
- ▶ der Zuwendungsempfänger im Rahmen der Vertragsverhandlungen falsche oder unvollständige Angaben gemacht hat;
 - ▶ die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck oder unwirtschaftlich verwendet wird; dasselbe gilt für aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände;
 - ▶ die unter Ziff. 3 genannte Gegenleistungsverpflichtung nicht mehr erfüllt wird, etwa eine Kulturelle Nutzung des Projekts nach Maßgabe der Ziff. 3.3 nicht mehr gegeben ist;
 - ▶ die Ausgaben sich nachträglich ermäßigen;
 - ▶ der Zuwendungsempfänger Verpflichtungen nach diesem Zuwendungsvertrag nicht, nicht mehr oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere das Projekt nicht innerhalb des vorgesehenen Bewilligungszeitraums abgeschlossen wird oder der Zuwendungsempfänger einen vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt bzw. Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachkommt;
 - ▶ eine bestandskräftige oder sofort vollziehbare Rückforderungsanordnung oder ein Rückforderungsbeschluss der Europäischen Kommission vorliegt;
 - ▶ eine rechtskräftige oder sofort vollziehbare, auf Rückerstattung der Zuwendung gerichtete Gerichtsentscheidung vorliegt; oder
 - ▶ der Zuwendungsgeber in entsprechender Anwendung der §§ 48, 49 HmbVwVfG zu einem teilweisen Widerruf oder einer teilweisen Rücknahme eines (entsprechenden) Zuwendungsbescheids berechtigt oder verpflichtet wäre.
- 13.3 Der Zuwendungsgeber darf den Zuwendungsvertrag entsprechend Ziff. 13.1 kündigen oder mit Wirkung für die Vergangenheit von dem Zuwendungsvertrag zurücktreten oder den Betrag der Zuwendung entsprechend Ziff. 13.2 anpassen, wenn er sich aus haushaltswirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen sieht. Nr. 9 Satz 2 ANBest – P gilt entsprechend.
- 13.4 Die Ausübung von Rechten nach Ziff. 13.1 und Ziff. 13.2 ist unabhängig von Ausgleichszahlungen nach Maßgabe des Grundstückskaufvertrages.
- 14. RECHTSFOLGEN VON KÜNDIGUNG, RÜCKTRITT UND ANPASSUNG DES ZUWENDUNGSBETRAGS**
- 14.1 Im Falle einer Kündigung findet keine weitere Auszahlung von Mitteln statt. Soweit an den Zuwendungsempfänger bereits Mittel ausgezahlt wurden, bleiben die Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers sowie die Rechte des Zuwendungsgebers gemäß dieses Zuwendungsvertrags im Übrigen bestehen.
- 14.2 Im Falle eines Rücktritts hat der Zuwendungsempfänger die empfangene Zuwendung an den Zuwendungsgeber unverzüglich zurückzugewähren.
- 14.3 Spricht der Zuwendungsgeber eine Anpassung gem. Ziff. 13.2 aus, ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, bereits ausgezahlte Beträge, die über die angepasste Höhe der Zuwendung hinausgehen, unverzüglich an den Zuwendungsgeber zu erstatten.
- 14.4 Zurückzugewährende oder zu erstattende Beträge sind in entsprechender Anwendung von § 49a HmbVwVfG zu verzinsen.

14.5 Rückgewähr und Erstattung im Wiederkaufsfall

Der Grundstückskaufvertrag sieht unter bestimmten Voraussetzungen ein Wiederkaufsrecht des Zuwendungsgebers vor (z.B. für den Fall des Verzugs des Zuwendungsempfängers bei der Rückgewähr bzw. Erstattung von Zuwendungsbeträgen, Ziff. 15.3.9 Grundstückskaufvertrag). Bei Ausübung des Wiederkaufsrechts fällt das Teileigentum Museumsbau an den Zuwendungsgeber zurück. Das Wiederkaufsrecht wird dinglich durch eine Rückkauflassungsvormerkung gesichert (Ziff. 22.3.1 Grundstückskaufvertrag). Der im Falle des Wiederkaufs an den Zuwendungsempfänger (und Käufer) zu leistende Wiederkaufspreis trägt der Geschäftsgrundlage für den Abschluss des Grundstückskaufvertrages und dieses Zuwendungsvertrages mit dem Zuwendungsempfänger Rechnung, wonach der Zuwendungsgeber im Zusammenhang mit der Errichtung des DAM kein über die Leistung der hier vereinbarten Zuwendungen hinausgehendes Kostenrisiko übernimmt (vgl. Ziff. 15.4.3 Grundstückskaufvertrag). Vor diesem Hintergrund gilt für die Rückgewähr und Erstattung im Wiederkaufsfall Folgendes:

- 14.5.1 In den Fällen der Ziff. 15.4.3 (ii) und Ziff. 15.4.3 (iii) des Grundstückskaufvertrags (*Wiederkauf vor Endgültiger Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau*) sowie Ziff. 15.4.3 (iv) des Grundstückskaufvertrags (*Wiederkauf nach Endgültiger Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau bei Veräußerung des Teileigentums Museumsbau durch die Verkäuferin des Grundstückskaufvertrags*) gilt die Verpflichtung zur Rückgewähr bzw. Erstattung der Zuwendung nebst Zinsen insoweit als erfüllt, als die zurückzugewährenden bzw. zu erstattenden Beträge bei der Bemessung des Wiederkaufspreises mindern in Abzug gebracht wurden.

- 14.5.2 Übt die Verkäuferin des Grundstückskaufvertrags (Zuwendungsgeber) ein Wiederkaufsrecht nach Endgültiger Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau aus, ohne dass sie das Teileigentum Museumsbau anschließend veräußert, so gilt auch dann die Verpflichtung des Zuwendungsempfängers zur Rückgewähr bzw. Erstattung der Zuwendung nebst Zinsen als erfüllt.

Dem liegt die Annahme der Parteien zugrunde, dass der Wert der baulichen Anlagen des Teileigentums Museumsbau, der mit Ausübung des Wiederkaufsrechts auf den Zuwendungsgeber übergeht, aufgrund der zuwendungsfähigen Ausgaben sowie der Modalitäten des Mittelabrufs gem. Ziff. 5 mindestens den im Falle des Rücktritts oder einer Anpassung zurückzugewährenden bzw. zu erstattenden Beträgen entsprechen wird.

Sollte diese Annahme im Zeitpunkt der Ausübung des Wiederkaufsrechts nicht zutreffen, insbesondere weil der Zustand der baulichen Anlagen des Teileigentums Museumsbau nicht der Baubeschreibung Museumsbau entspricht, ist die Verpflichtung des Zuwendungsempfängers zur Rückgewähr bzw. Erstattung der Zuwendung nebst Zinsen nur in Höhe des Verkehrswerts der baulichen Anlagen des Teileigentums Museumsbau erfüllt.

- 14.6 Im Falle einer Kündigung, eines Rücktritts, einer Reduzierungsmitteilung oder einer Anpassung des Zuwendungsbetrags ist der Zuwendungsempfänger darüber hinaus verpflichtet, dem Zuwendungsgeber alle im Zusammenhang hiermit entstehenden Kosten, insbesondere Rechtsberatungskosten, zu erstatten.
- 14.7 Die Verjährung eines Rückgewähr- bzw. Erstattungsanspruchs ist im Falle der Ausübung eines Wiederkaufsrechts hinsichtlich des Teileigentums Museumsbau bis zur Feststellung des Wiederkaufspreises gehemmt (§ 209 BGB). Die Hemmung endet sechs Monate, nachdem alle Teile des Wiederkaufspreises ermittelt wurden.

15. SICHERHEIT

- 15.1 Dem Zuwendungsgeber können nach entsprechender Auszahlung der Zuwendung Rückgewähr- bzw. Erstattungsansprüche gegen den Zuwendungsempfänger gem. Ziff. 7.2 oder Ziff. 14 dieses Zuwendungsvertrags in Höhe von EUR 30.100.000,00 nebst Zinsen zustehen. Um die Durchsetzung dieser möglichen Zahlungsansprüche zu sichern, vereinbaren die Parteien bereits jetzt sicherungshalber einen Anspruch des Zuwendungsgebers gegen den Zuwendungsempfänger auf Zahlung von EUR 30.100.000,00 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab dem Tag der Beurkundung dieses Zuwendungsvertrags.
- 15.2 Der Zuwendungsempfänger unterwirft sich wegen des in Ziff. 15.1 bezeichneten Anspruchs in Höhe von EUR 30.100.000,00 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab dem Tag der Beurkundung dieses Zuwendungsvertrags der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen.
- 15.3 Dem Zuwendungsgeber soll auf schriftliches Verlangen eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde erteilt werden, wenn die folgenden Tatsachen nachgewiesen werden (kumulativ):
- ▶ Der Zuwendungsgeber hat an den Zuwendungsempfänger einen Betrag von mindestens EUR 3.010.000,00 ausgezahlt; als Nachweis für diese Tatsache genügt die Vorlage von Auszahlungsanforderungen des Zuwendungsempfängers in entsprechender Höhe nach Ziff. 5.5 oder die Abschrift von Kontoauszügen über Auszahlungen in entsprechender Höhe.
 - ▶ Der Zuwendungsgeber hat eine Reduzierungsmitteilung nach Ziff. 7.2 abgegeben oder einen Rücktritt oder eine Anpassung des Zuwendungsbetrags nach Ziff. 13 erklärt; als Nachweis für diese Tatsache genügt die Vorlage einer Abschrift der entsprechenden Erklärung.
- 15.4 Die Parteien sind sich im Klaren darüber, dass der Inhalt des in Ziff. 15.1 sicherungshalber vereinbarten Anspruchs über einen künftigen materiell-rechtlichen Rückgewähr- oder Erstattungsanspruch des Zuwendungsgebers hinaus gehen kann, da sowohl das Entstehen eines solchen künftigen Anspruchs als auch dessen Höhe zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewiss ist. Dem Zuwendungsempfänger steht es daher frei, eine etwaige Divergenz zu seiner materiell-rechtlichen Verpflichtung gerichtlich geltend zu machen.
- 15.5 Als weitere Sicherheit für etwaige Rückgewähr- und Erstattungsansprüche vereinbaren die Parteien zudem unter dem Grundstückskaufvertrag eine Raumsicherungsübereignungsvereinbarung zugunsten des Zuwendungsgebers (Ziff. 15.10 des Grundstückskaufvertrags) sowie eine Abtretung der Rechte aus [REDACTED] mit teamLab (Ziff. 10.6.7 des Grundstückskaufvertrags).

16. SONSTIGE VEREINBARUNGEN

16.1 Datenschutz

Die zur Abwicklung dieses Zuwendungsvertrags erforderlichen personenbezogenen und sonstigen Daten werden bei dem Zuwendungsgeber und der HafenCity Hamburg GmbH sowie beim amtierenden Notar mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung (EDV) im Rahmen der Zweckbestimmung des Zuwendungsvertrags gespeichert und verarbeitet.

16.2 Definitionen

Soweit in diesem Zuwendungsvertrag nicht abweichend geregelt, gelten die nachfolgenden Definitionen:

- 16.2.1 „**Baubeschreibung Museumsbau**“ sind die baulichen und technischen Anforderungen an den Museumsbau wie in Ziff. 9.1.3 des Grundstückskaufvertrags näher definiert und beschrieben.
- 16.2.2 „**Bauvorhaben Museumsbau**“ oder „**Museumsbau**“ ist das Bauvorhaben wie in Ziff. 9.1.3 des Grundstückskaufvertrags näher definiert und beschrieben.
- 16.2.3 „**Endgültige Fertigstellung Bauvorhaben Museumsbau**“ ist der Zustand wie in Ziff. 9.1.5 lit. (d) des Grundstückskaufvertrags näher definiert und beschrieben.
- 16.2.4 „**Fertigstellung Basiszustand Museumsbau**“ ist der Zustand wie in Ziff. 9.1.5 lit (b) des Grundstückskaufvertrags näher definiert und beschrieben.
- 16.2.5 „**Gestattungsvertrag Baugrube**“ ist der in Ziff. 6.1. des Grundstückskaufvertrags näher definierte Vertrag.
- 16.2.6 „**Grundstückskaufvertrag**“ ist der in Anlage F dieser Urkunde geschlossene Grundstückskaufvertrag über das Kaufgrundstück 6 im Quartier Elbbrücken.
- 16.2.7 „**Teileigentum Museumsbau**“ ist das Teileigentum wie in Ziff. 1.2.1 des Grundstückskaufvertrags näher definiert und beschrieben.
- 16.2.8 „**Wiederkaufsfall**“ ist das Vorliegen eines Wiederkaufsrechts des Zuwendungsgebers gem. Ziff. 15.3 des Grundstückskaufvertrags.

16.3 Sonstiges

- 16.3.1 Schadensersatzansprüche des Zuwendungsempfängers und seiner unmittelbaren oder mittelbaren Gesellschafter gleich aus welchem Rechtsgrund aus oder im Zusammenhang mit dem Zuwendungsvertrag sind ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.
- 16.3.2 Jegliche Anwartschaften, Rechte oder Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit diesem Zuwendungsvertrag oder seinem Zustandekommen können ohne schriftliche Zustimmung des Zuwendungsgebers nicht abgetreten werden.
- 16.3.3 Es wird klargestellt, dass die Rechte und Ansprüche der Verkäuferin und die Rechte und Pflichten des Käufers zu 6b aus dem Grundstückskaufvertrag neben den Regelungen dieses Zuwendungsvertrages unberührt bleiben. Die Freie und Hansestadt Hamburg (Sondervermögen Stadt und Hafen) handelt in diesem Zuwendungsvertrag ausschließlich als Zuwendungsgeber, während sie im Grundstückskaufvertrag Anlage F ausschließlich als Verkäuferin handelt. In entsprechender Weise handelt die Digital Art Museum GmbH in diesem Zuwendungsvertrag ausschließlich als Zuwendungsempfänger, während sie nach dem Grundstückskaufvertrag Anlage F ausschließlich als Käufer zu 6b handelt. Verknüpfungen und gegenseitige Abhängigkeiten zwischen dem Zuwendungsvertrag und dem Grundstückskaufvertrag Anlage F bestehen nur, soweit sie im Zuwendungsvertrag bzw. im Grundstückskaufvertrag Anlage F ausdrücklich geregelt sind.

Anlage G

Projektplan

INVESTITIONSBEIHILFE FÜR KULTURELLE NUTZUNG BAUFELD 115/DIGITAL ART MUSEUM GMBH

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vorbemerkung	3
1.1.	Allgemeine Darstellung des Unternehmens und des Projektziels	3
1.2.	Beschreibung des Vorhabens	3
1.3.	Satus Quo / Nächste Schritte	4
1.4.	Finanzierungsplan	5
2.	Herleitungsansätze für das Projektvorhaben	5
3.	Erläuterungen der beihilfefähigen Kosten und Betriebsgewinne	6
3.1.	Beihilfefähige Kosten	6
3.1.1.	Baukostenübersicht nach DIN inkl. Erläuterungen	7
3.1.2.	Investitionszyklen	12
3.1.3.	Abzinsung (Ansätze)	13
3.2.	Betriebsgewinn der Investition	14
3.2.1.	Erläuterung der Betriebseinnahmen und -ausgaben	14
3.2.2.	Betriebszyklen	18
3.2.3.	Abzinsung (Ansätze)	19
4.	Anlagen	
	Auflistung der Beihilfefähigen Kosten und Betriebsgewinne in Excel	
	Machbarkeitsstudie zum Digital Art Museum, Hamburg (August 2020)	
	Kulturelle Nutzung Digital Art Museum	

1. Vorbemerkung

1.1. Allgemeine Darstellung des Unternehmens und des Projektziels

Beim Digital Art Museum Hamburg handelt es sich um ein privates Vorhaben des Hamburger Unternehmers [REDACTED] das [REDACTED] am Standort im Quartier Elbbrücken in der HafenCity eröffnet werden soll.

Für das Museum wurde am 25.02.2021 die Digital Art Museum GmbH mit Hauptsitz in Hamburg gegründet, deren Geschäftsführung sich Frau Caren Brockmann und Herr [REDACTED] teilen.

Ziel des Unternehmens ist die Steigerung der kulturellen Vielfalt in Hamburg, um Hamburg als Kulturstadt weiter zu stärken und mehr Hamburger, aber auch Touristen zu einem Museumsbesuch zu motivieren bzw. jene zu erreichen, die bisher nur selten oder auch gar keinen Zugang zu Kultur haben.

Als privatwirtschaftlicher Betrieb soll das Museum ein positives Betriebsergebnis erzielen.

Das Digital Art Museum Hamburg wird für eine dauerhafte kulturelle Nutzung erbaut. Es wird digitale Kunst und verwandte Kunstgenres der audiovisuellen Kunst wie zum Beispiel (aber nicht abschließend) Projektion Mapping, Location Based Experiences (VR, XR), Augmented Art, Generative Art, Immersive Theater, Light Art, NFTs, Music & Performance, Metaverse / XR Plattformen, Public Digital Art etc. unter Einsatz umfangreicher digitaler Technologien (Software und Hardware) ausstellen.

[REDACTED]

1.2. Beschreibung des Vorhabens

Das Museum wird [REDACTED] ganzjährig zu 100 % als Kulturbetrieb betrieben werden. [REDACTED]

[REDACTED] Die Werke von teamLab befinden sich unter anderem in der ständigen Sammlung des Museum of Contemporary Art, Los Angeles; der Art Gallery of New South Wales, Sydney; der Art Gallery of South Australia, Adelaide; des Asian Art Museum, San

Francisco; des Asia Society Museum, New York; der Borusan Contemporary Art Collection, Istanbul; der National Gallery of Victoria, Melbourne; und des Amos Rex, Helsinki. Das Digital Art Museum Hamburg wird in Europa die erste permanente Ausstellung von teamLab.

[REDACTED]

Darüber hinaus wird das Museum Flächen für wechselnde Ausstellungen sowohl renommierter Kunstschaffender als auch Nachwuchskünstler:innen besitzen. So z. B. der Eingangsbereich, eine 300 m² Fläche im EG sowie die Medienfassade über dem Eingangsbereich. Neben diesen ortsgebundenen Flächen wird es Kooperationen mit anderen Häusern und Künstler:innen geben, die die kulturelle Nutzung innerhalb des Digital Art Museums und darüber hinaus ergänzen.

Für das Museum errichtet die Digital Art Museum GmbH, Hamburg, gemeinsam mit dem Studierendenwerk Hamburg als Wohnungseigentümergeellschaft (WEG) eine neue Immobilie, die in den unteren zwei Etagen das Museum und in den Obergeschossen Studentenapartments beherbergt.

Das Museum wird eine Ausstellungsfläche von rd. 6.600 qm BGF, wovon rd. 900 qm BGF eine optional anzumietende Erweiterungsfläche im UG auf BF113 darstellen, haben und als klimaneutrales Museum errichtet.

[REDACTED]

Da diese Technik, die 365 Tage im Jahr beansprucht wird, hohen Abnutzungserscheinungen unterliegt, ist das langfristige Ziel des Antragstellers, alternative Technologien zu finden, mit denen die Hardwarekosten reduziert werden können (Ziel: cloudbasierte Technik).

Für weitere Informationen zum Vorhaben verweisen wir auf die Anlage F (Grundstückskaufvertrag für Baufeld 115). Dort sind die geplante bauliche Ausführung des Museums (Anlage F Baubeschreibung Museumsbau) sowie die geplante kulturelle Nutzung (Anlage F Kulturelle Nutzung), der Betrieb der kulturellen Nutzung (Anlage F Betrieb Kulturelle Nutzung) und das Konzept Digital Art Museum (Anlage F Konzept Digital Art Museum) im Detail beschrieben.

1.3. Status Quo / Nächste Schritte

Mit Stand Oktober 2022 ist folgender Planungsstand erreicht:

- [REDACTED] mit teamLab Borderless 03/2020
- Gründung der Digital Art Museum GmbH 02/2021
- Baugenehmigung 09/2022
- Gestattungsvertrag 09/2022
- Baubeginn (gem. Gestattungsvertrag) 10/2022

Nächste Schritte

-

1.4.

2. Herleitungsansätze für das Projektvorhaben

Die wirtschaftlichen Eckdaten des Museums wurden über verschiedene Ansätze hergeleitet. Da das Museum "konzeptionelles Neuland" in Europa betritt, ist ein Vergleich mit anderen Museen nur bedingt möglich.

Orientierungswerte liefert das Digital Art Museum in Tokyo anhand dessen u.a. die Ausstattungskosten, der Personalbedarf, Verbrauchskennzahlen, Reparatur- und Wartungskosten aber auch Besuchszahlen und Ticketerlöse prognostiziert wurden. Zwischen dem Digital Art Museum Hamburg und teamLab Tokyo besteht ein enger Austausch, der anhand der Betriebserfahrungen von teamLab eine ständige Anpassung wirtschaftlicher Kenngrößen ermöglicht. Dies floss z. B. in die Kalkulation der Kosten für „Replacement“ ein, die höher als ursprünglich angedacht ausfallen.

Besuche und Erlöse wurden darüber hinaus durch das unabhängiges Gutachterbüro bulwiengesa AG, Hamburg, validiert, das hierfür die Nachfragepotenziale und Wettbewerbsstrukturen im Marktgebiet ermittelt, Besuchszahlen und Eintrittspreise europäischer und deutscher Museen und Besucherattraktionen ausgewertet sowie Kostenansätze des Projektinitiators validiert hat. Die im August 2020 fertig gestellte Machbarkeitsstudie ist dem Anhang beigelegt, welche die Methodik der Herleitung detailliert dokumentiert, jedoch aufgrund ihres Erstellungszeitpunktes in einigen Punkten von den nachfolgend skizzierten Werten und Inhalten abweicht.

So wurden nach Fertigstellung der Studie bspw. diverse Kostenpositionen durch Gespräche mit Energieversorgern, Finanzierungspartnern, der ECE als Projektsteuerer, Sponsoren, Ticketing-Agenturen, teamLab Tokyo etc. konkretisiert, Einnahmepositionen neu überprüft sowie Konzeptveränderungen vorgenommen.

Herleitung wirtschaftlicher Eckdaten des Digital Art Museum, Hamburg

* Im Rahmen der Machbarkeitsstudie der bulwiengesa AG (siehe Anhang)

Da das Museum mindestens über den Zuwendungszeitraum von 30 Jahren betrieben werden soll, wurden die Betriebsgewinne für die Jahre 11-30 analog der ersten 10 Jahre fortgeschrieben.

3. Erläuterungen der Investitionskosten und Betriebsgewinne

3.1. Investitionskosten

Bei dem Digital Art Museum handelt es sich um eine „kulturelle Betriebsstätte“, die ausschließlich für einen Kulturbetrieb genutzt werden soll. Der Teil der Investitionskosten des Digital Art Museums Hamburg, der als beihilfefähigen Kosten bzw. zuwendungsfähige Ausgaben von der Digital Art Museum GmbH (vorbehaltlich einer baufachlichen Prüfung) geltend gemacht wird, summiert sich auf insgesamt:

Dabei handelt es sich um Kosten für Bau und Erwerb sowie Kosten für materielle Anlagegüter, die ausschließlich für das Museum und nicht für das im selben Gebäude unterzubringende Studierendenwerk anfallen und nach Steuerrecht aktiviert werden. Die Kosten/Ausgaben sind ohne Umsatzsteuer ermittelt.

Bei den Kosten handelt es sich um Kostenschätzungen der Architekten Heide & von Beckerath, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit ähnlichen Bauprojekten über eine hohe Expertise verfügt sowie um Kostenschätzung der Digital Art

Museum GmbH, die bei der Ermittlung der Kosten für die Museumsausstattung und -technik auf die Erfahrungswerte von teamLab Tokyo zurückgreifen konnte.

Im Detail verteilen sich die Kosten wie folgt:

3.1.1. Baukostenübersicht nach DIN inkl. Erläuterungen

Kostengruppe	Kosten in TEUR
100 Grundstückswert	3.605
110 Grundstückskosten	2.569
122 Gerichtsgebühren	6
123 Notariatsgebühren	14
124 Grunderwerbssteuer	116
130 Rechte Dritter	
132 Ablösen Dinglicher Rechte	400
139 Sonstiges - Flächenüberlassung StW	500
200 Vorbereitende Maßnahmen	19
210 Herrichten	19
220 Öffentliche Erschließung	0
230 Nichtöffentliche Erschließung	0
240 Ausgleichsmaßnahmen -und abgaben	0
250 Übergangsmaßnahmen	0
300+400 Bauwerk und Technische Anlage	
Neubau KG 200-400 ohne Baugrube	
Baugrube inkl. Gestattungsgebühren	
Ausbaukosten DAM	
Medienfassade	
Unvorhergesehenes	
500 Außenanlage	
500 Außenanlage	

Kostengruppe	Kosten in TEUR
700 Baunebenkosten	9.938
710 Bauherrenaufgabe	█
720 Vorbereitung der Objektplanung	207
730 Objektplanung	2.011
740 Fachplanung	1.306
750 Künstlerische Leitung	█
760 Allgemeine Baunebenkosten	951
790 Sonstige Baunebenkosten	2.234
█	
Gesamtkosten	█

Erläuterungen zur Kostengruppe 100 – 500, 700

Die Kostenzusammenstellung der Kostengruppe 200-500 basiert auf der Kostenschätzung der Architekten Heide & von Beckerath. Aktuell wird in einem Baulogistikkonzept von Höhler + Partner die Option einer frühzeitigen Eröffnung evaluiert, etwaige Kosten sind noch nicht in den Kosten integriert.

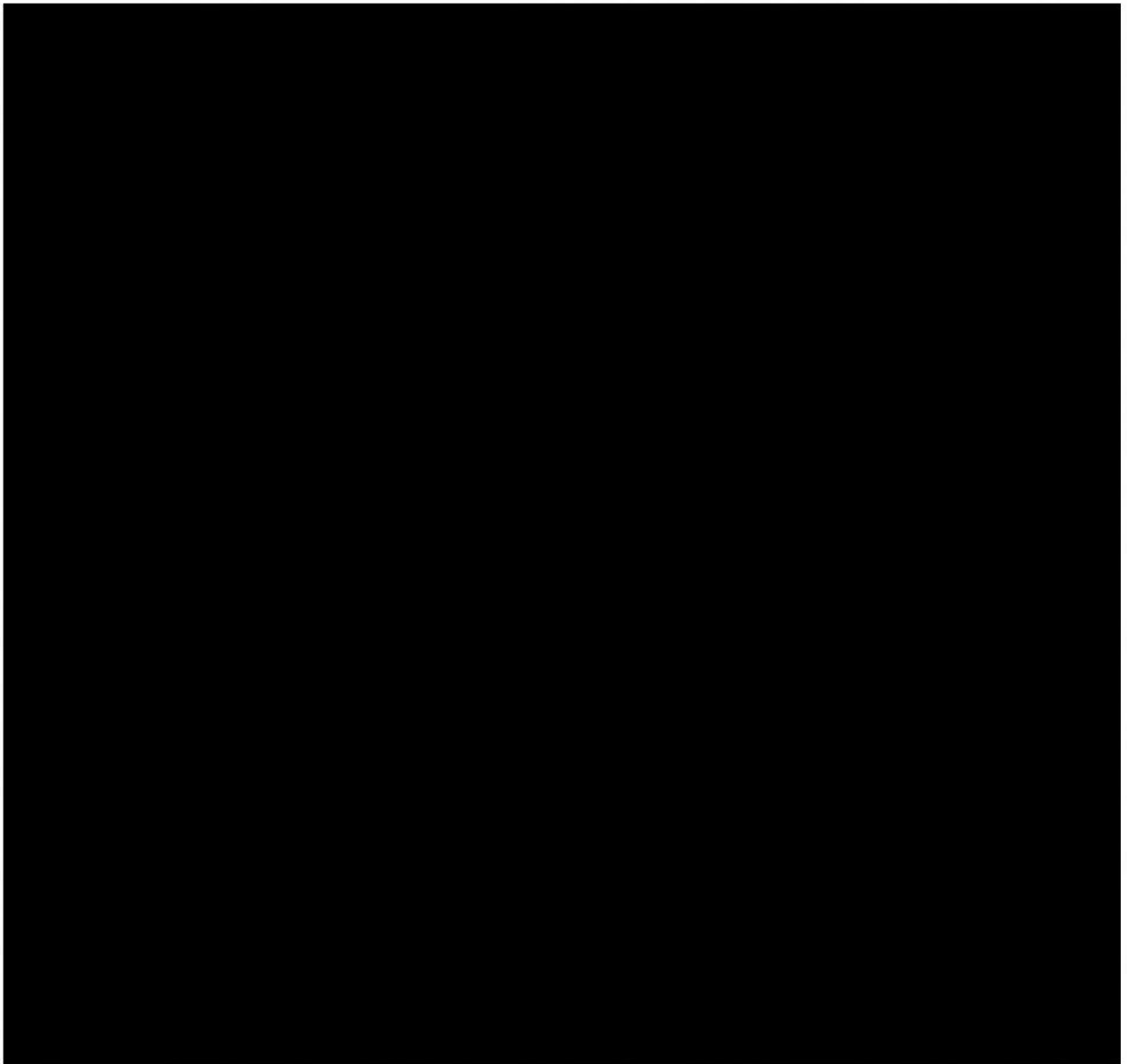
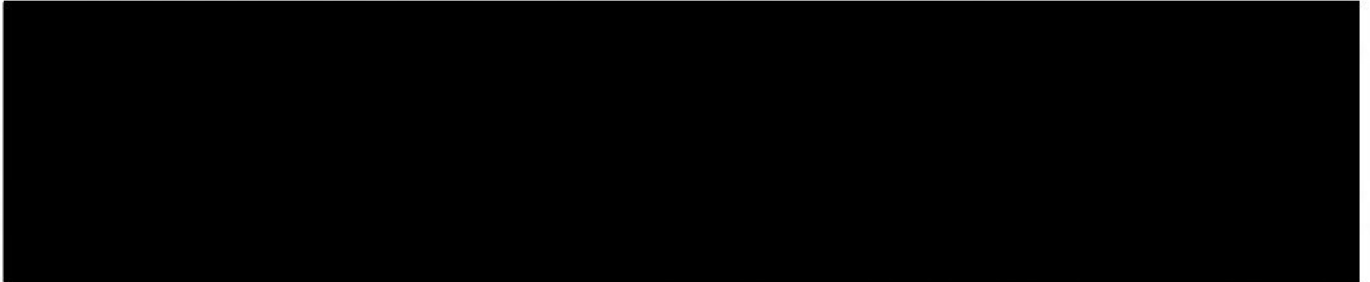
Zusätzlich sind die Vergaben noch nicht abgeschlossen, somit sind Verschiebungen in den Zuordnungen der Kosten noch möglich.

DIN	Position	Betrag in EUR netto	Erläuterung
110	Grundstückskosten	2.569.000	Kaufpreis für das Grundstück. EUR 450/qm x 5.707.80 qm anrechenbare Fläche
122	Erwerbsnebenkosten	136.000	EUR 116.000 Grunderwerbsteuer (4,5 %)
- 124			EUR 20.000 Gerichts- und Notarkosten
132	Ablösen Dinglicher Rechte	400.000	Geschätzte Kosten aus dem Gestattungsvertrag mit der HCH für die frühzeitige Nutzung des Grundstücks vor Abschluss des Kaufvertrags. Nutzungsgebühr plus Baugrubenverbau
139	Sonstiges - Flächenüberlassung StW	500.000	Flächenüberlassungsgebühr aus der Vereinbarung mit dem Studierendenwerk vom 01. bzw. 04.10.21
210	Herrichten	19.000	Kosten Bauzaun – von Heide und von Beckerath kalkuliert
300 + 400	Neubau o. Baugrube	█	█

DIN	Position	Betrag in EUR netto	Erläuterung
	Baugrube		Kostenkalkulation Heide & von Beckerath mit Ergänzungen
710			
720	Vorbereitung der Objektplanung	207.000	Machbarkeitsstudie/Business-, LiquiditätsplanungP
730	Objektplanung	2.011.000	KGR 731: 1.409 Gebäudearchitekt KGR 731: 424 Innenarchitekt KGR 732: 93 Freianlagen KGR 733: 85 Ingenieurbauwerksplanung
740	Fachplanung	1.306.000	KGR 741: 152 Statik KGR 742: 888 TGA-Planer KGR 743: 71 Bauphysik

DIN	Position	Betrag in EUR netto	Erläuterung
			KGR 740: 195 Sonstige Fachplaner
750			
760	Allgemeine Baunebenkosten	951.000	Ist-Kosten und Hochrechnung 195 TEUR Gutachten und Beratung (Anwälte/Gutachter) 250 TEUR Genehmigungen 251 TEUR Betriebskosten vor Abnahme 155 TEUR Versicherung 100 TEUR Kosten der Gesellschaft
790	Sonstige Baunebenkosten	2.234.000	Ist-Kosten und Hochrechnung Voreröffnungskosten für: 990 TEUR Marketing / PR (u.a. Quartalsrechnungen Achtung!, Logoentwicklung, Corporate Design, Website, PR-Konzept, Trailer, mehrwöchige, breit angelegte intern. Eröffnungskampagne etc.) 232 TEUR Personal-Recruiting: Ansatz 10 % der Personalkosten 26 TEUR Externe Dienstleister (Beratung, Reinigung, Security etc.) 116 TEUR Sponsoringkonzept und -ansprache, 546 TEUR „Tag der Eröffnung“ (Live Act, Catering, Shuttle ..) 324 TEUR Markenrechte („Digital Art Museum“), Justizkasse, Beiträge, Reserve
800			

Erläuterungen zur Kostengruppe 600



DIN	Position	Betrag in EUR netto	Erläuterung

3.1.2. Investitionszyklen

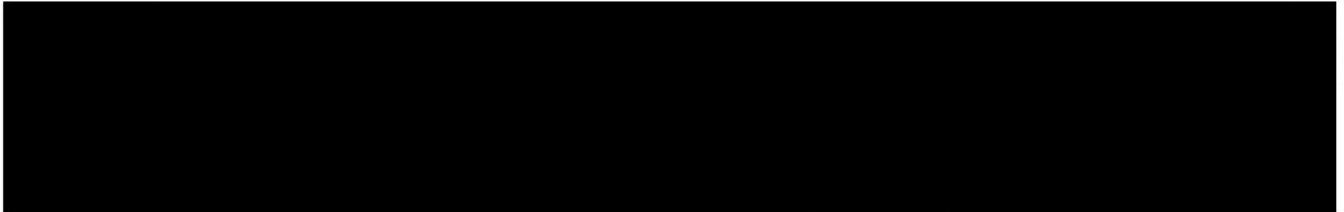
Bei der Aufstellung der Investitionskosten blieben notwendige Reinvestitionskosten für Ausstattung und Kunstwerke im 30-jährigen Betrachtungszeitraum unberücksichtigt. Diese wurden innerhalb der Betriebskosten unter der Position „Replacement“ erfasst.

Regelmäßige Reinvestitionen sind für den nachhaltigen Betrieb des Museums zwingend erforderlich. Dies betrifft insbesondere Reinvestition in Technik. Die Lebensdauer der Beamer, die 365 Tage im Jahr in Betrieb sind, wird von teamLab mit ca. 5 Jahren angegeben.

Nach 10 Jahren ist auch ein sukzessiver Austausch der Rechner notwendig, die ebenfalls im Dauerbetrieb laufen, und ohne die die digitale Kunst nicht darstellbar wäre. Zudem ist nach 10 Jahren ein Austausch einiger Kunstwerke notwendig, um die Attraktivität des Museums während der wirtschaftlichen Lebensdauer der Immobilie zu halten. Die hierfür notwendigen Investitionen ab Jahr 6 wurden nicht als beihilfefähige Kosten bzw. zuwendungsfähige Ausgaben erfasst, dafür aber die mit der Investition anfallenden Fremdkapitalzinsen sowie der Wertverlust der Anlagegüter im Rahmen der Ermittlung des Betriebsgewinns berücksichtigt.

Unberücksichtigte Risiken:

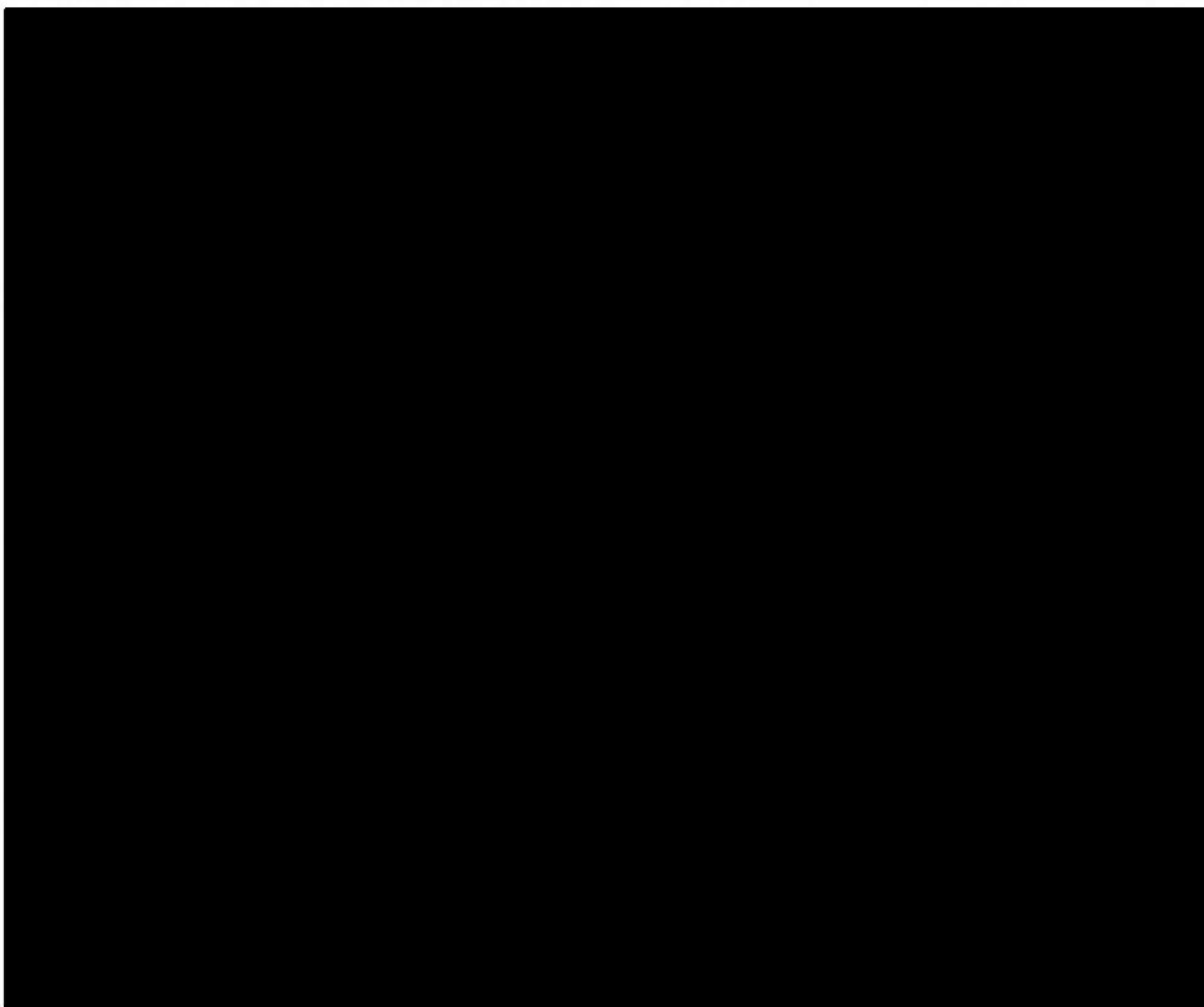
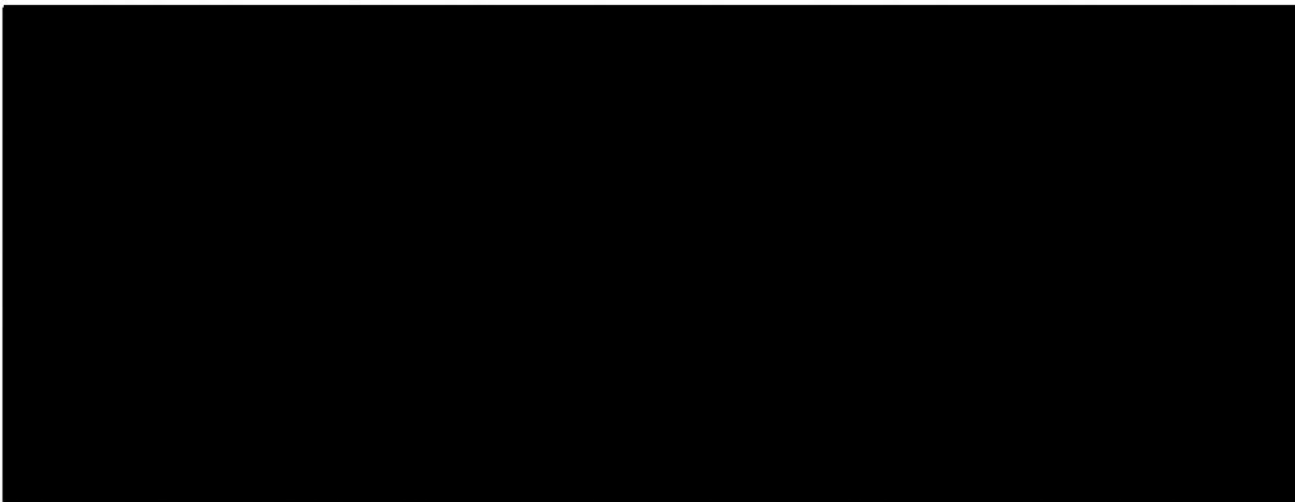
Steigende Baukosten und steigende Kosten für materielle Anlagegüter, wie sie in jüngster Zeit zu beobachten sind, wurden nicht kalkuliert.

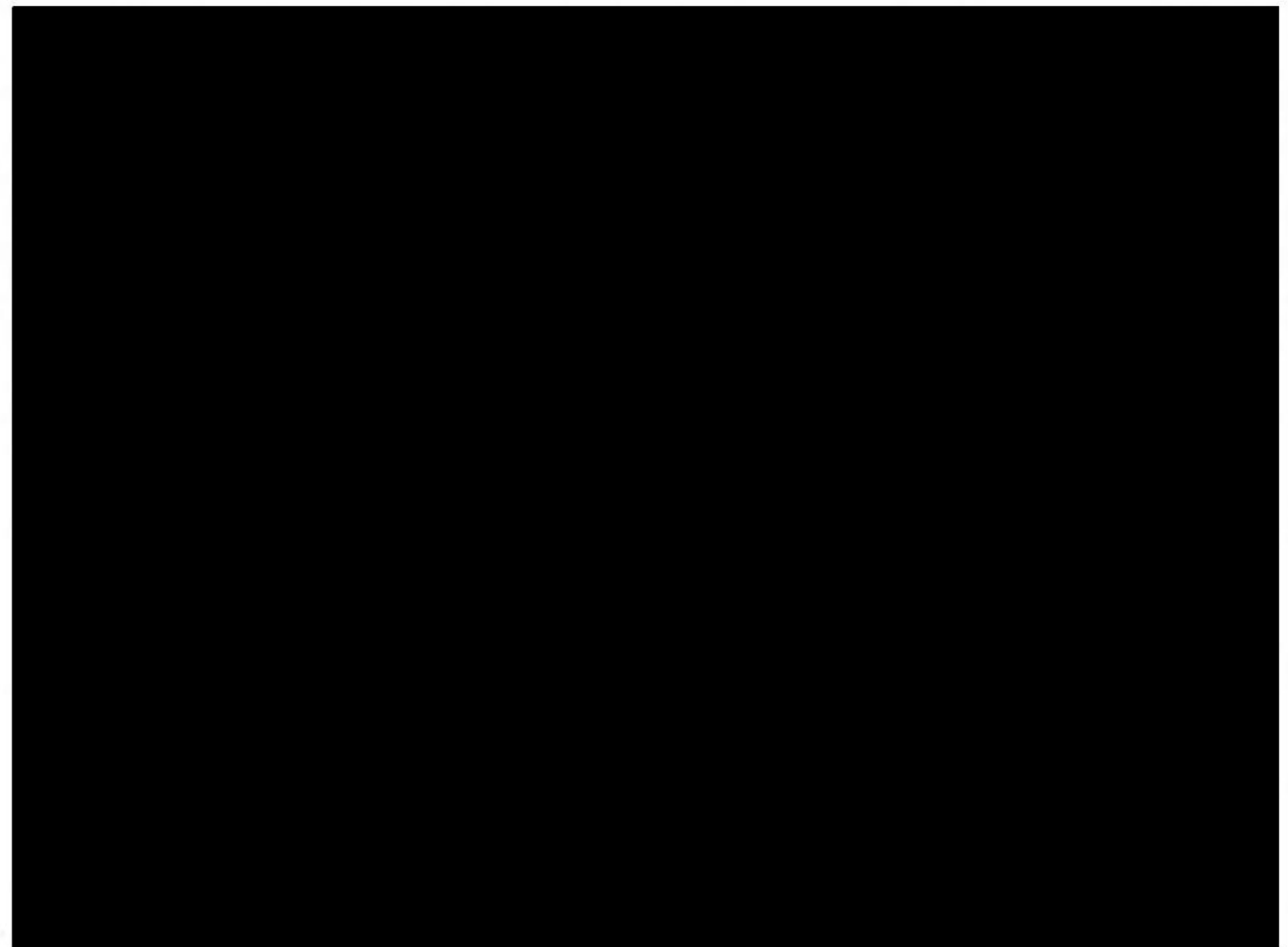
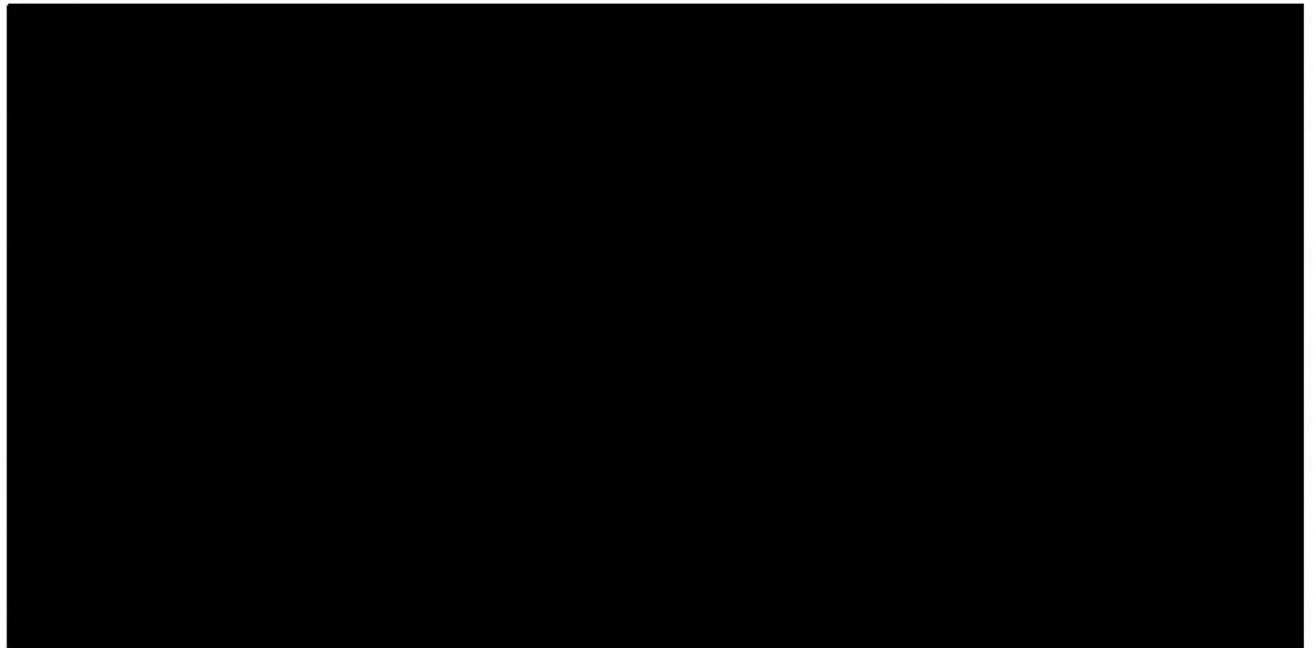


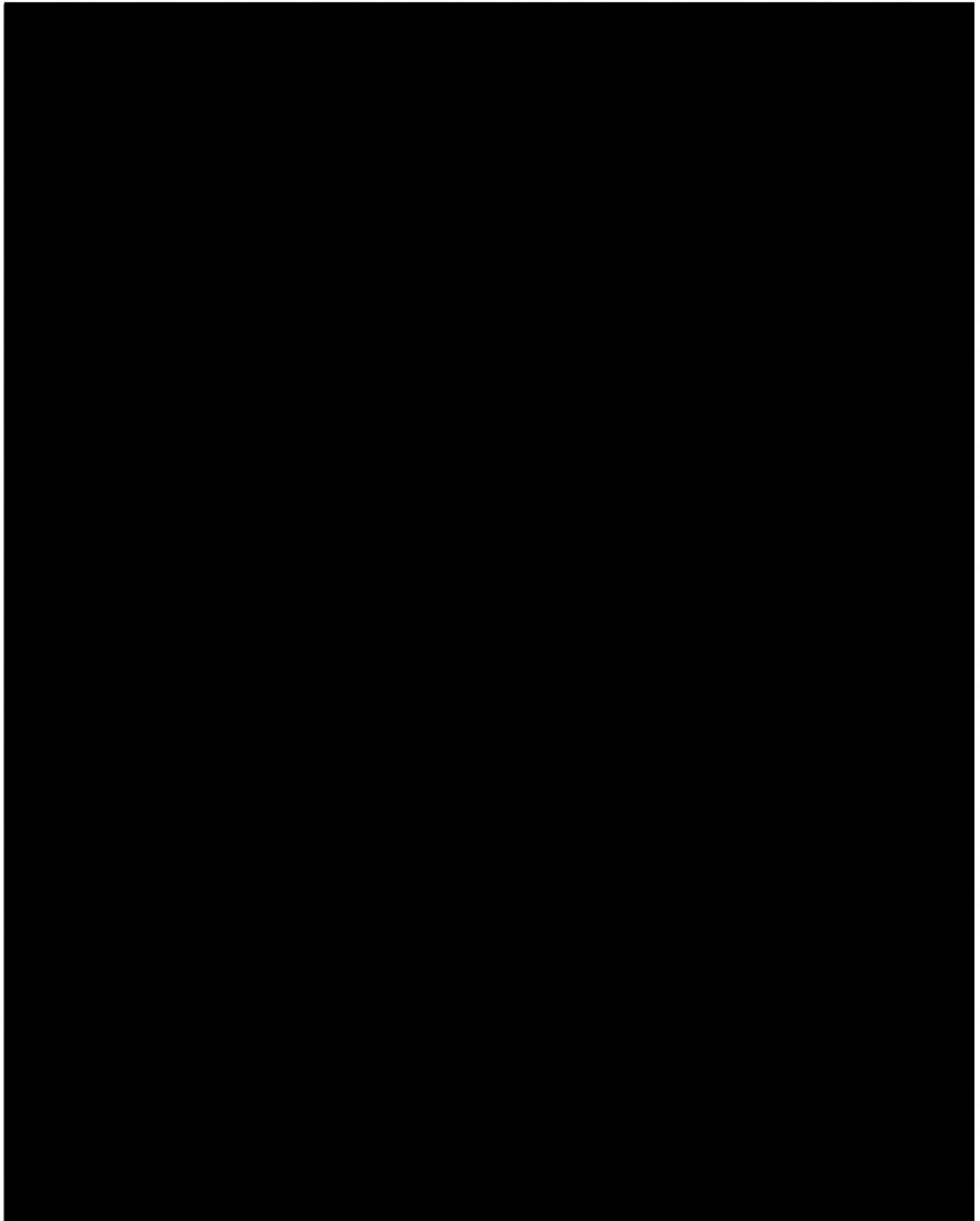
3.1.3. Abzinsung

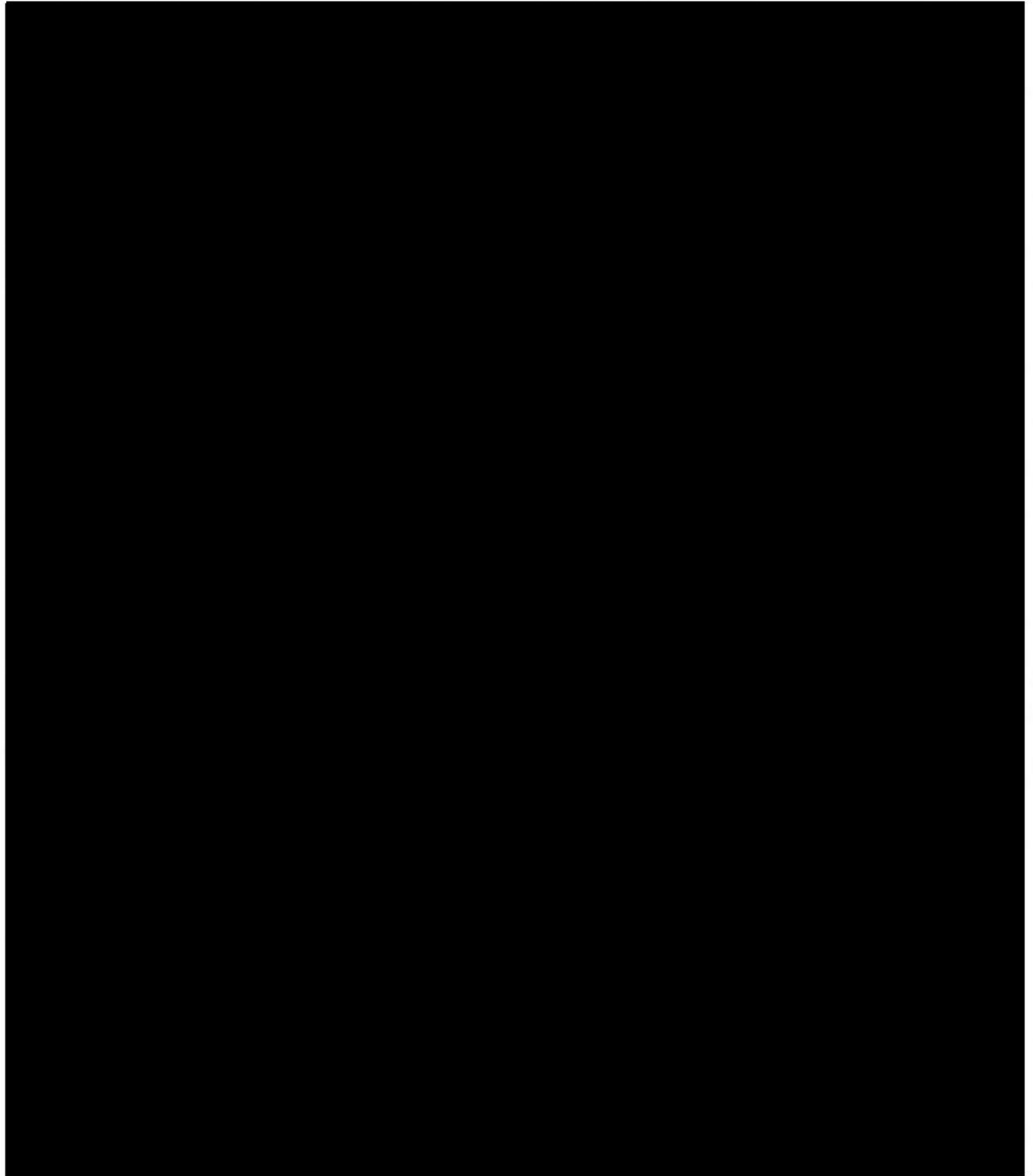
Der für die Abzinsung etwaiger Investitionen während der wirtschaftlichen Lebensdauer der Immobilie anzusetzende Abzinsungszins liegt bei 2,03 %. Dieser Wert basiert auf den Zinsangaben der europäischen Kommission zzgl. 100 Basispunkte.

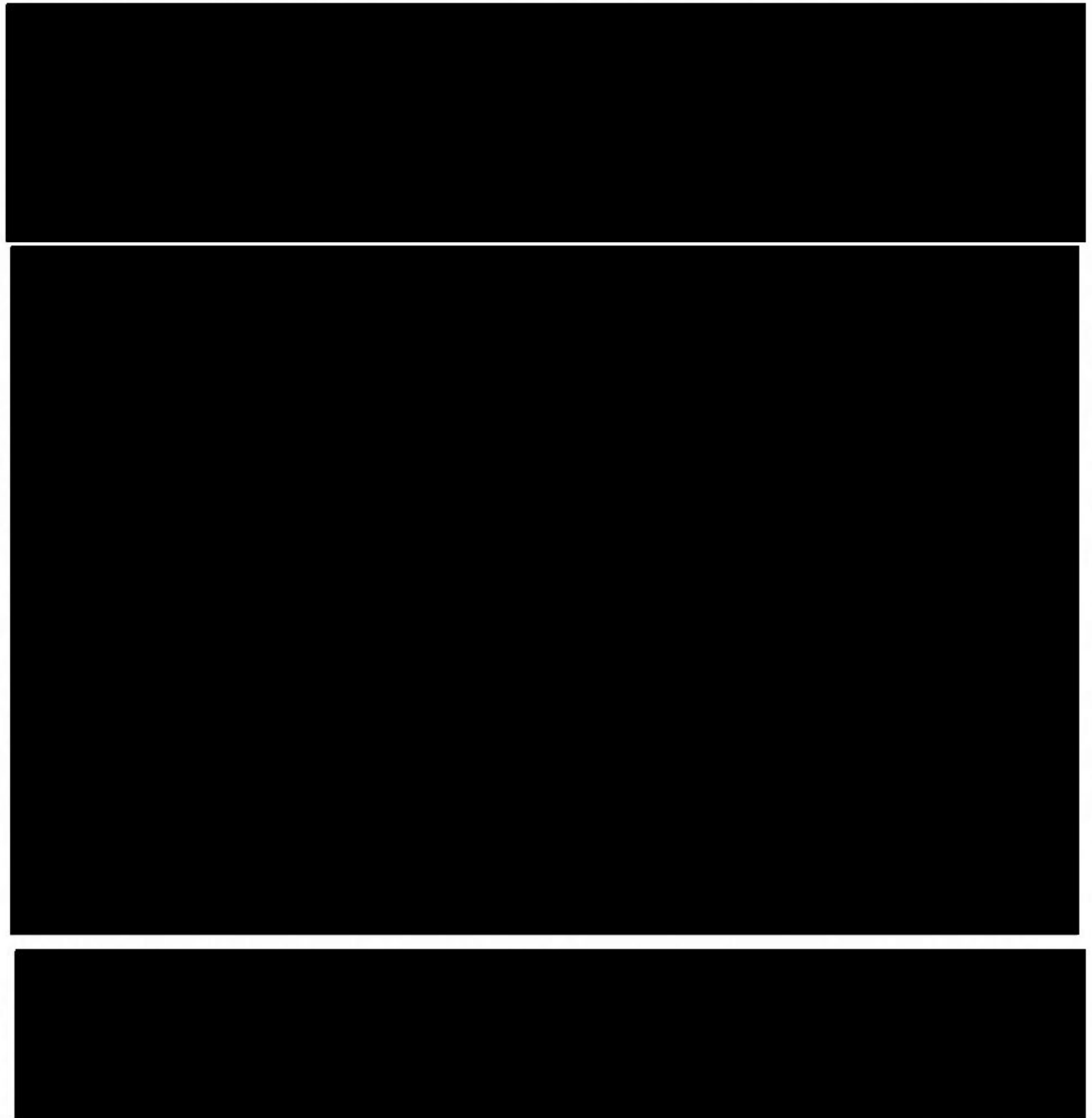
Da im vorliegenden Fall die gesamten beihilfefähigen Investitionskosten vor der Eröffnung des Museums anfallen, ist eine Abzinsung für beihilfefähige Investitionskosten nicht notwendig.











3.2.2. Betriebszyklen

Bei einer 30-jährigen Betrachtung ist eine Betriebsunterbrechung nach jeweils 10 Jahren für technische Erneuerung, Umbau und Reattraktivierung notwendig. Diese wird jeweils zu Beginn der Periode mit einer halbjährigen Schließung

berücksichtigt. Dementsprechend weichen im Jahr 11 und 21 die Betriebserlöse und Betriebskosten deutlich von den Folgejahren ab.

Ab Jahr 11 werden zudem leichte „Attraktivitätseinbußen“ unterstellt, die zu Rückgängen der Besuchszahlen und Sponsoringzuwendungen führen. Mit einer angenommenen stabilisierten Jahresbesuchszahl im Jahr 14 von rd. 800.000 Jahresgästen würde das Museum aber immer noch zu den bestbesuchten Museen in Deutschland zählen.

Unberücksichtigte Risiken:

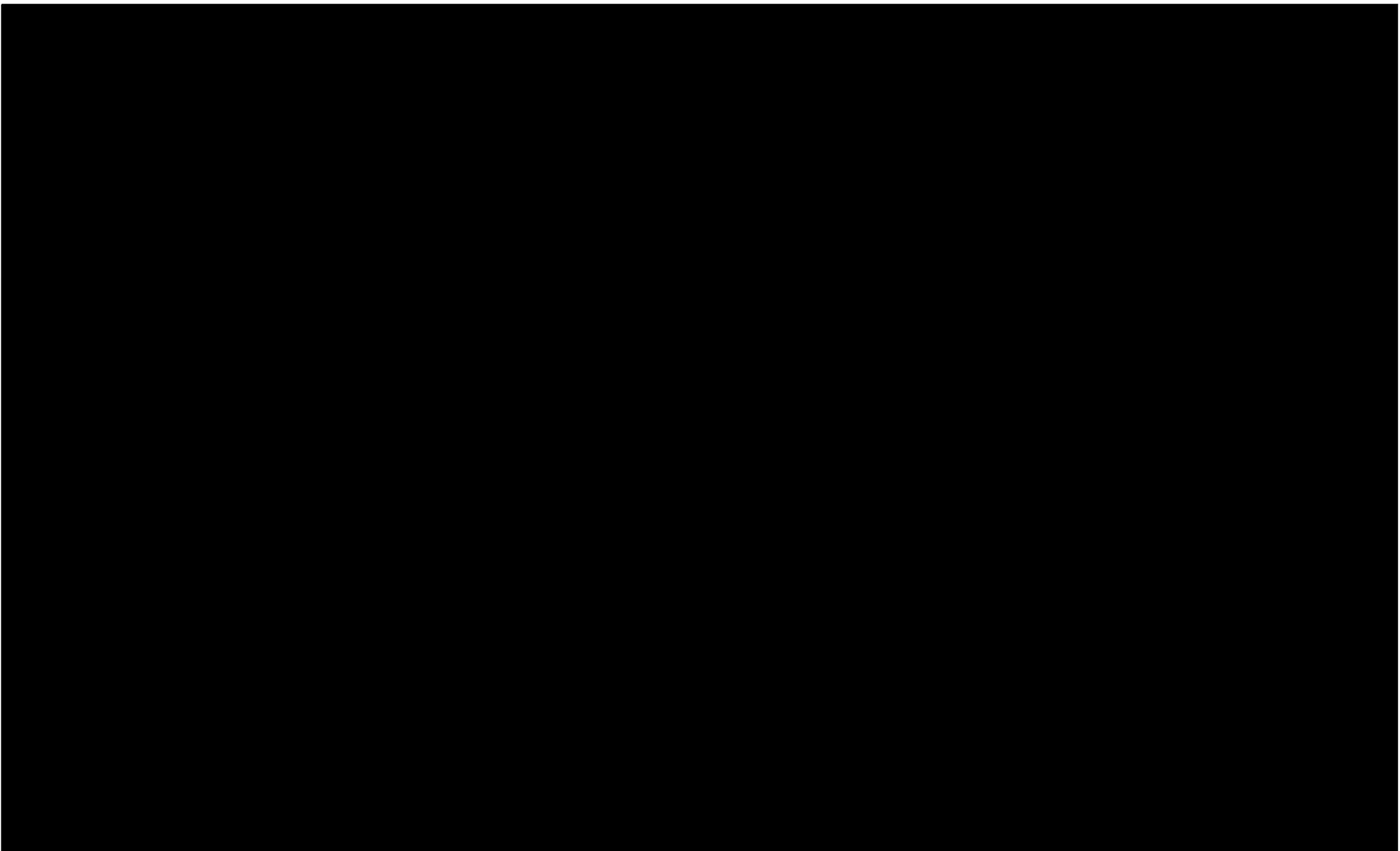
- Ein Austausch von Kunstwerken könnte bereits innerhalb der 10-jährigen [REDACTED] frist erforderlich sein, wenn einige Kunstwerke nicht die erwünschte Attraktionskraft entfalten.
- Mit fortschreitender Digitalisierung könnte die im Museum dargestellte Kunst an Attraktivität verlieren, was Auswirkungen auf die Besuchszahlen und damit auf die Gewinne haben wird.
- Eine steigende Inflation könnte zu einer Verschiebung der Konsumgewohnheiten bzw. zu sinkenden Ausgaben für Freizeit, Erholung und Kultur sowie zu höheren Betriebskosten als erwartet führen.
- Zinsrisiken
- Pandemische und geopolitische Ereignisse könnten zu massiven Besuchsrückgängen (insbesondere im touristischen Markt) führen.

Unberücksichtigte Chancen:

- Gewinnung weiterer Sponsoren und damit höhere Sponsoringeinnahmen
- Kürzere Renovierungs- und Umbauzeiten nach 10- und 20-jährigem Betrieb, die eine frühere Wiedereröffnung und damit höhere Einnahmen im Jahr 11 und 21 ermöglichen.

3.2.3. Abzinsung (Ansätze)

Für die Abzinsung der Betriebserlöse und Betriebskosten während der wirtschaftlichen Lebensdauer der Immobilie wird ein Abzinsungszins von 2,41 % angesetzt. Dieser Wert basiert auf dem von der Kommission festgelegten 10-jährigen Swap-Zinssatz zzgl. 100 Basispunkte.



Anlage G

Mindestangaben Bericht

Anlage G Mindestangaben Bericht

Der jährliche Bericht über die Nutzenstiftung muss mindestens die folgenden Angaben zum zurückliegenden Berichtszeitraum (d.h., in der Regel das letzte Geschäftsjahr) enthalten:

1. Darstellung und Erläuterungen zur künstlerischen Qualität des betriebenen Kulturprojekts, insbesondere im Hinblick auf
 - Digitale Bezüge zu Bereichen und Disziplinen der Kunst und Kultur;
 - Bewertung des Qualitätsanspruchs in der Fachwelt;
 - Maßnahmen, um Entwicklungen in Kunst und Kultur Rechnung zu tragen;
 - (soweit anwendbar) die Umsetzung des Konzepts Digital Art Museum einschließlich Angaben zu den ausgestellten Kunstgenres und Technologien, zu permanenten und wechselnden Ausstellungen und Formaten, zu Art und Umfang der technischen und kuratorischen Unterstützung durch das internationale Künstlerkollektiv teamLab bei den Ausstellungen, zu den Charakteristika, die die hohe künstlerische Qualität der Ausstellungen begründen, zum (Fort-)Bestehen eines [REDACTED]vertrags mit dem internationalen Künstlerkollektiv teamLab, sowie Umfang, Nutzung, Abnutzung und Erneuerung der Ausstellungstechnik;
2. Darstellung von Maßnahmen und Angeboten, um kulturelle Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen, insbesondere im Hinblick auf
 - barrierefreie bzw. inklusive Erschließung des Angebots;
 - Darbietung von Texten in einfacher Sprache;
 - mehrsprachige Ausrichtung der Nutzung;
3. Darstellung der Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung, insbesondere im Hinblick auf
 - Programme für kulturelle Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene;
 - Zusammenarbeit mit Trägern schulischer und Erwachsenenbildung;
 - Angebote für kulturelle Bildung für Familien;
 - Kosten für Teilnahme an Programmen für kulturelle Bildung;
4. Angaben zu anderen Nutzungen, insbesondere im Hinblick auf
 - Art und Umfang von Nebennutzungen, z.B. Vermarktung und Verkauf von Artikeln;
 - Räumlicher Umfang der Flächen für Nebennutzungen;
 - Einschränkungen des regulären Betriebs durch Nebennutzungen und kultureller Bezug solcher Nebennutzungen;
5. Angaben zur überregionalen Relevanz der Kulturellen Nutzung, insbesondere im Hinblick auf
 - Berichterstattung in Medien mit überregionaler Reichweite über das aktuelle Programm, eigene mediale Auftritte und finanzierte Berichterstattung;
 - Anteil von Besuchern mit Wohnsitz außerhalb Hamburgs;
6. Angaben zu jährlichen Besucherzahlen und zu maßgeblichen Einflussfaktoren für die Entwicklung der jährlichen Besucherzahlen;

7. Angaben zu Öffnungszeiten, insbesondere im Hinblick auf

- Öffnungszeiten im Regelbetrieb, Ruhetagen pro Woche, Abendöffnungen, Saisonalen Schließungen und saisonalen Reduzierungen der Öffnungszeiten;
- Tage im vergangenen Kalenderjahr, in denen das Museum geöffnet war;
- Schließungen für Wartungszwecke, Ausstellungswechsel oder zur Reattraktivierung und deren Dauer am Stück;

8. Angaben zur Eintrittspreisgestaltung, insbesondere im Hinblick auf

- das Eintrittspreisgefüge;
- angebotene Ermäßigungen und deren Ausgestaltung im Einzelnen;

9. Angaben zu Abweichungen von Vorgaben der Anlage F Kulturelle Nutzung, der Anlage F Betrieb Kulturelle Nutzung sowie der Anlage F Konzept Digital Art Museum sowie etwaiger behördlicher Zustimmungen oder Nachträgen hierzu.

Dem Bericht ist zudem der testierte Jahresabschluss der Digital Art Museum GmbH für das zuletzt abgeschlossene Geschäftsjahr beizufügen.

Anlage G

Allgemeine Nebenbestimmungen

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheids, soweit in ihm nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Sie enthalten Nebenbestimmungen im Sinne von § 36 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) bzw. von § 32 des Sozialgesetzbuchs - Zehntes Buch - (SGB X) und Erläuterungen.

Inhalt

1. Abforderung und Verwendung der Zuwendung	2
2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung	3
3. Vergabe von Aufträgen	4
4. Inventarisierungspflicht.....	6
5. Mitteilungspflichten der oder des Zuwendungsempfangenden	6
6. Nachweis der Verwendung	7
7. Prüfung der Verwendung	8
8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung	8
9. Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt.....	9

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

1. Abforderung und Verwendung der Zuwendung

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden.

Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

Die oder der Zuwendungsempfängende muss sicherstellen, dass alle ihre oder seine Einnahmen und Ausgaben in klarer Zuordnung zum geförderten Projekt – auch in Abgrenzung zu anderen Projekten oder dem allgemeinen Geschäftsbetrieb – nachvollziehbar belegt werden können. Die Abgrenzung umfasst ggf. auch die Gemeinkosten und das Verfahren zu deren Umlage auf die einzelnen Projekte und den allgemeinen Geschäftsbetrieb.

- 1.2 Die eigenen Mittel und die mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen der oder des Zuwendungsempfängenden (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) sind nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids als Deckungsmittel einzusetzen.

- 1.3 Die oder der Zuwendungsempfängende darf ihre oder seine Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg, wenn

- der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50 000 Euro beträgt,
- die Personalausgaben 20 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben übersteigen und
- die Gesamtausgaben der oder des Zuwendungsempfängenden überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert werden.

Höhere Entgelte als nach dem TVL sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

Bei abweichenden tarifvertraglichen Regelungen findet das Verbot keine Anwendung, wenn die oder der Zuwendungsempfängende zu deren Einhaltung verpflichtet ist.

Beschäftigten sind die Mindestentgelte zu zahlen, die in Höhe und in Bezug auf den Zahlungszeitpunkt den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages genügen, an den die oder der Zuwendungsempfängende aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetz gebunden ist. Dies gilt entsprechend für andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte. Soweit von der oder dem Zuwendungsempfängenden Leistungen vergeben werden, sind die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer zu verpflichten, die Mindestentgeltvorschriften einzuhalten.

Beschäftigten ist mindestens der Lohn nach § 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), zuletzt geändert am 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen.

- 1.4 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher abgefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks benötigt wird. Die Abforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten.

- 1.5 Im Übrigen dürfen die Zuwendungen nur wie folgt in Anspruch genommen werden:
 - 1.5.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgebender und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der oder des Zuwendungsempfängende,
 - 1.5.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung außerdem erst, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel der oder des Zuwendungsempfängenden verbraucht sind.
- 1.6 Ausgezahlte Zuwendungen, die am Jahresende nicht verbraucht wurden, sind - wenn für denselben Zweck Zuwendungen im Folgejahr bewilligt werden - auf die Abforderung zu Beginn des Folgejahres anzurechnen.
- 1.7 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.8 Im Bewilligungszeitraum nicht verbrauchte Zuwendungen dürfen nur nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids verwendet werden. Andere Regelungen in Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
- 1.9 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zweck der Zuwendung nicht zu erreichen ist.
- 1.10 Die oder der Zuwendungsempfängende hat nachweisbar sicherzustellen, dass die bei der oder dem Zuwendungsempfängenden tätigen Beschäftigten personenbezogene Daten, auch nach Beendigung der Tätigkeit, vertraulich behandeln und diese nur verarbeiten, soweit dies rechtlich zulässig ist. Die mit dem Umgang personenbezogener Daten betrauten Personen sind auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Datenschutzvorschriften hinzuweisen, vgl. Artikel 29, 32 Absatz 4 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO).

2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung

- 2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so vermindert sich die Zuwendung
 - 2.1.1 bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgebender und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln der oder des Zuwendungsempfängende,
 - 2.1.2 bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag,
 - 2.1.3 bei Festbetragsfinanzierung, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben auf einen Betrag unterhalb der Zuwendung ermäßigen, auf die Höhe der tatsächlichen zuwendungsfähigen Ausgaben.
- 2.2 In den Fällen der Nrn. 2.1.1 und 2.1.2 vermindert sich die Zuwendung nur, soweit nicht eine Verwendung nicht verbrauchter Zuwendungen oder sonstige Verwendungszwecke im Zuwendungsbescheid zugelassen sind.

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

- 2.3 Die oder der Zuwendungsempfängende hat nach der Erfüllung des Zuwendungszwecks ihr bzw. ihm verbleibende Mittel aus Minderausgaben oder Mehreinnahmen, die nach Nr. 2.1.1 bis 2.1.3 auf die Zuwendung mindernd anzurechnen sind, unverzüglich – spätestens mit Vorlage des Verwendungsnachweises – zu erstatten.

3. Vergabe von Aufträgen

- 3.1 Wertgrenzen ¹ für das Vergabeverfahren (unterhalb der EU-Schwellenwerte)
Aufträge sind nach folgenden Regeln zu vergeben, wobei die zu Beginn des Vergabeverfahrens jeweils geltende Fassung der genannten Vorschriften anzuwenden ist:

- 3.1.1 Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen (ohne freiberufliche Leistungen)

- 3.1.1.1 Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 1 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens vergeben werden.

- 3.1.1.2 Für Aufträge für Liefer- und Dienstleistungen von mehr als 1 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) sind unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung in der Regel mindestens drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Die aufzufordernden Unternehmen dürfen nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom Wettbewerb ausgeschlossen sein. Die Auswahlgründe sind zu dokumentieren. Sofern weniger als drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, ist dies zu begründen. Die wettbewerblichen Grundsätze von Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung sind zu wahren.

- 3.1.1.3 Unterhalb des EU-Schwellenwertes ist bei der Vergabe von Aufträgen für Liefer- und Dienstleistungen mit einem geschätzten Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO) anzuwenden, sofern auch der Gesamtbetrag der Zuwendung 50 000 Euro übersteigt; andernfalls ist Nr. 3.1.1.2 anzuwenden.

- 3.1.2 Freiberufliche Leistungen

Freiberufliche Leistungen von Architekten, Ingenieuren und Bausachverständigen sind in entsprechender Anwendung der Ziffer 5 des Bauhandbuchs (VV-Bau) zu vergeben.

Andere freiberufliche Leistungen sind in entsprechender Anwendung von Nr. II. 6 der Hamburgischen Vergaberichtlinie (HmbVergRL) zu vergeben.

¹ Für die Schätzung von Auftragswerten ist § 3 Vergabeverordnung anzuwenden.

3.1.3 Aufträge für Bauleistungen

3.1.3.1 Bauleistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 3 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens vergeben werden.

3.1.3.2 Für Aufträge für Bauleistungen von mehr als 3 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) sind unter Berücksichtigung der Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung in der Regel mindestens drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Die aufzufordernden Unternehmen dürfen nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom Wettbewerb ausgeschlossen sein. Die Auswahlgründe sind zu dokumentieren. Sofern weniger als drei geeignete Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, ist dies zu begründen. Die wettbewerblichen Grundsätze von Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung sind zu wahren.

3.1.3.3 Unterhalb des EU-Schwellenwertes ist bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen mit einem geschätzten Gesamtauftragswert von mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) anzuwenden, sofern auch der Gesamtbetrag der Zuwendung 100 000 Euro übersteigt; andernfalls ist Nr. 3.1.3.2 anzuwenden. Aufträge bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert von 1 000 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können im Rahmen der „Beschränkten Ausschreibung“ vergeben werden. Sind diese Aufträge Teil einer Gesamtmaßnahme und liegt der geschätzte Gesamtauftragswert über 1 000 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) aber unterhalb des EU-Schwellenwertes, gilt bei Losvergaben die „80/20-Regel“ des § 3 Absatz 9 Vergabeverordnung entsprechend.

3.2 Vergabeverfahren ab EU-Schwellenwert

Soweit der jeweilige EU-Schwellenwert erreicht wird, sind bei der Vergabe von Aufträgen für Liefer- und Dienstleistungen die Bestimmungen des vierten Teils des GWB sowie die Vergabeverordnung und bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen der 2. Abschnitt der VOB/A anzuwenden.

Für freiberufliche Leistungen ist Nr. 3.1.2 zu beachten.

3.3 Sektorenauftraggeber

Bei Auftraggebern nach § 100 GWB gilt ab Erreichen des EU-Schwellenwertes für Aufträge, die im Zusammenhang mit Tätigkeiten auf dem Gebiet der Trinkwasser- oder Energieversorgung oder des Verkehrs (Sektorentätigkeiten) vergeben werden, die Sektorenverordnung; bei Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB haben die Auftraggeber die Regelungen der Sektorenverordnung entsprechend anzuwenden, wenn der geschätzte Gesamtauftragswert mehr als 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt.

Bis 3 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist Nr. 3.1.3.1 anzuwenden.

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

Bis 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist Nr. 3.1.3.2 anzuwenden.

Bei Aufträgen für freiberufliche Leistungen unterhalb der Schwellenwerte nach § 106 GWB haben die Auftraggebenden die Regelungen der Sektorenverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

3.4 Weitere Regelungen

Das Hamburgische „Gesetz zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW)“ ist bei Bauaufträgen ab einem Auftragswert von 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) und bei freiberuflichen Leistungen ab einem Auftragswert von 25 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) anzuwenden (siehe § 1 Absatz 2 Satz 2 GRfW sowie Ziffer 6.8.5 und 5.1 Nr. 18 VV-Bau).

Weitergehende Bestimmungen, die die Zuwendungsempfangende oder den Zuwendungsempfangenden zur Anwendung von Vergabevorschriften verpflichten, bleiben unberührt.

4. Inventarisierungspflicht

4.1 Die oder der Zuwendungsempfangende darf über Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht frei verfügen.

4.2 Die oder der Zuwendungsempfangende hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 800 Euro (ohne Umsatzsteuer) übersteigen, zu inventarisieren. Soweit die Freie und Hansestadt Hamburg Eigentümerin ist oder wird oder dingliche Rechte hat, sind die Gegenstände in dem Inventar besonders zu kennzeichnen.

5. Mitteilungspflichten der oder des Zuwendungsempfangenden

Die oder der Zuwendungsempfangende ist verpflichtet, es unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

5.1 sie oder er nach Vorlage des Finanzierungsplans weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält,

5.2 für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen, insbesondere der im Zuwendungsbescheid beschriebene Zuwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

5.3 die abgeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verbraucht werden können,

5.4 aus der Zuwendung beschaffte oder hergestellte Gegenstände innerhalb der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht mehr

entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,

- 5.5 ein Insolvenzverfahren gegen sie oder ihn beantragt oder eröffnet wird.
- 5.6 Sofern der Beginn der Bindungsdauer entsprechend der Regelung im Bescheid nicht an eine bestimmte Datumsangabe, sondern an ein anderes auslösendes Ereignis, z. B. Fertigstellung eines Bauprojekts, geknüpft ist, hat die oder der Zuwendungsempfängende die Bewilligungsbehörde unverzüglich über den Eintritt des Ereignisses zu informieren.

6. Nachweis der Verwendung

- 6.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis), soweit im Zuwendungsbescheid keine abweichenden Fristen bestimmt sind. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Unterlagen.
- 6.2 In dem Sachbericht sind nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.
- 6.3 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter), eigene Mittel und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen. Soweit die oder der Zuwendungsempfängende die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen die Entgelte nur ohne Umsatzsteuer berücksichtigt werden.
- 6.4 Mit dem Nachweis sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde die Belege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.

Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere die Zahlungsempfängende oder den Zahlungsempfängenden, Grund und Tag der Zahlung und bei Gegenständen den Verwendungszweck.
- 6.5 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und den Belegen übereinstimmen und die Auflagen (z. B. Besserstellungsverbot, Mindestlohn) eingehalten worden sind sowie die Richtigkeit der Eintragungen und des Abschlusses.
- 6.6 Die oder der Zuwendungsempfängende hat die in Nr. 6.4 genannten Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (vgl. Nr. 7.1 Satz 1) sechs Jahre aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf

VV zu § 46 LHO
Anlage 2 - ANBest - P -

des Kalenderjahrs, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden.

- 6.7 Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, ist innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis zu führen und der Bewilligungsbehörde zu übermitteln, sofern der Bewilligungszeitraum insgesamt 18 Monate übersteigt (mehrjährige Zuwendung).

Dieser besteht aus dem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis, in dem Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen sind sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Anforderungen.

7. Prüfung der Verwendung

- 7.1 Die Bewilligungsbehörde (einschließlich der für sie zuständigen Vorprüfungsstelle) ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen – auch unangemeldet – zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die oder der Zuwendungsempfangende hat die erforderlichen Unterlagen ordnungsgemäß und prüfbar bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Hierzu gehört auch die Weitergabe personenbezogener Daten ihrer bzw. seiner Beschäftigten, soweit sie für die Prüfung der Verwendung der Zuwendung nach den Bedingungen des Zuwendungsbescheids herangezogen werden müssen. Die Beschäftigten sind über die Weitergabe der Daten zu unterrichten.

- 7.2 Der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg ist nach § 84 der Landeshaushaltsordnung (LHO) ² berechtigt, bei der oder dem Zuwendungsempfangenden zu prüfen.

8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

- 8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach dem HmbVwVfG (§§ 43 bis 49a) bzw. nach dem SGB X (§§ 44 bis 47 und 50) mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

² Zu ANBest – P, Nr. 7.2

§ 84 Abs. 1 (Auszug) und Abs. 2 LHO lauten: „(1) Der Rechnungshof ist berechtigt, bei Stellen außerhalb der Verwaltung zu prüfen, wenn sie (...) von der Freien und Hansestadt Hamburg Zuwendungen erhalten. Leiten diese Stellen die Mittel an Dritte weiter, so kann der Rechnungshof auch bei diesen prüfen. (2) Die Prüfung erstreckt sich auf die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung und Verwendung. Bei Zuwendungen kann sie sich auch auf die sonstige Haushalts- und Wirtschaftsführung der Empfängerin oder des Empfängers erstrecken, soweit es der Rechnungshof für seine Prüfung für notwendig hält.“

- 8.2 Nr. 8.1 gilt insbesondere, wenn
 - 8.2.1 die Ausgaben sich nachträglich ermäßigen oder eine Änderung der Finanzierung nach Nr. 2 eingetreten ist,
 - 8.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist oder
 - 8.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck oder unwirtschaftlich verwendet wird; dasselbe gilt für aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände.
- 8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit die oder der Zuwendungsempfängende
 - 8.3.1 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachkommt oder
 - 8.3.2 die Zuwendung nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet.
- 8.4 Werden Zuwendungen nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich verlangt werden. Entsprechendes gilt, soweit die Zuwendung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.

9. Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt

Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn sie sich aus haushaltswirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen sieht. Sollte die Bewilligung während der Geltungsdauer des Bescheids widerrufen werden, wird sich der Widerruf nicht auf Teile der Zuwendung erstrecken, für die die oder der Zuwendungsempfängende im Vertrauen auf den Bestand des Bescheids Rechtsverpflichtungen eingegangen ist.

Baufachliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau)

Die Baufachlichen Nebenbestimmungen ergänzen bzw. modifizieren die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P). Sie werden damit ebenfalls Bestandteil des Zuwendungsbescheids, soweit in ihm nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Sie enthalten Nebenbestimmungen im Sinne von § 36 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG) bzw. von § 32 des Sozialgesetzbuchs - Zehntes Buch - (SGB X) und Erläuterungen.

Inhalt

1. Ausschreibung, Vergabe und Ausführung.....	2
2. Baurechnung.....	3
3. Verwendungsnachweis	4

VV zu § 46 LHO
Anlage 3 - NBest - Bau -

1. Ausschreibung, Vergabe und Ausführung

1.1 Die „Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg – RPW 2010“ in der jeweils geltenden Fassung zu beachten (vgl. Amtl. Anz. Nr. 18 vom 3. März 2015, S. 361).

1.2 Die oder der Zuwendungsempfangende hat die Bewilligungsbehörde rechtzeitig über

- die jeweils vorgesehene Vergabeart,
- den Baubeginn und
- die Beendigung der Baumaßnahme

zu unterrichten.

1.3 Die ersten Ausschreibungen sollen grundsätzlich Leistungen umfassen, die üblicherweise im Zusammenhang ausgeführt werden und deren Umfang so erheblich ist, dass anhand des Kostenvergleichs mit den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen mit hinreichender Zuverlässigkeit beurteilt werden kann, ob die darin ausgewiesenen Baukosten eingehalten werden.

1.4 Die Ausführung der Baumaßnahme muss den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen sowie den technischen und baurechtlichen Vorschriften entsprechen.

Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Benehmen mit der oder dem Zuwendungsempfangenden, ob sie oder er zur ordnungsgemäßen und bestimmungsgemäßen Verwendung der Zuwendung die baufachlichen Aufgaben

- selbst durchführt oder
- durch einen Dritten mit baufachlichem Sachverstand wahrnehmen lässt.

Die Bestimmungen der Ziffer 11 des Bauhandbuchs (VV-Bau) sind zu beachten.

Erhebliche Abweichungen von den der Bewilligung zugrunde liegenden Unterlagen bedürfen vor ihrer Ausführung der Prüfung und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde.

Als erheblich sind Abweichungen anzusehen, die wesentliche Änderungen des Bau- und/oder Raumprogramms oder Bauobjektes verursachen oder die Gesamtkosten mit Auswirkung auf die Höhe der Zuwendung erhöhen. Hierzu gehören insbesondere Änderungen, durch die neue, den Umfang eines Bauwerks verändernde Bauteile oder Baukörper entstehen oder die dem Zuwendungszweck nicht entsprechen.

2. Baurechnung

- 2.1 Die oder der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauprojekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.
- 2.2 Die Baurechnung besteht aus
- 2.2.1 dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen nach Maßgabe des Zuwendungsbescheids); werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Nachweise unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 und können sie zur Prüfung der Baurechnung beigelegt werden, so kann mit Einwilligung der Bewilligungsbehörde von der Führung eines gesonderten Bauausgabebuches abgesehen werden;
- 2.2.2 den Rechnungsbelegen,
- 2.2.3 den Abrechnungsunterlagen zu den Schlussrechnungen bestehend aus
- den Vergabeunterlagen (z. B. Bekanntmachung von Ausschreibungen, Angebotsunterlagen, Niederschriften über die Eröffnungen, Zuschlagsbericht, Wertung der Angebote),
 - den Berechnungsunterlagen für die Kostensätze (z. B. Abrechnungszeichnungen, Massenberechnungen, Stundenlohnachweise),
 - den Vertragsunterlagen (z. B. Angebot der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers mit Leistungsverzeichnis sowie die beiden nächsthöheren Angebote – in den Fällen, in denen der Zuschlag nicht auf das niedrigste Angebot erteilt wird, auch alle darunter liegenden Angebote –, Zuschlagsschreiben, zusätzliche Vertragsbedingungen und Nachtragsverhandlungen),
- 2.2.4 den Niederschriften über die Abnahme von Bauleistungen (ggf. mit Vermerken über Vertragsstrafen, Mängelbeseitigungen usw.),
- 2.2.5 den bauaufsichtlichen Genehmigungen, den Prüf- und Abnahmebescheinigungen,
- 2.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
- 2.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,
- 2.2.8 der Berechnung der ausgeführten Flächen und des Rauminhalts nach DIN 277 (nur bei Hochbauten) und bei Wohnbauten ggf. aus der Wohn- und Nutzflächenberechnung nach der Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (Wohnflächenverordnung WoFlV),
- 2.2.9 dem Bautagebuch und ggf. den Bestandsplänen.

3. Verwendungsnachweis

- 3.1 Die oder der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde nach Abschluss der Baumaßnahme – spätestens ein Jahr nach Abnahme der wesentlichen Bauleistungen – den Verwendungsnachweis vorzulegen.

Der Verwendungsnachweis ist abweichend von Nr. 6 ANBest-P nach dem beigefügten Muster ¹⁾ zu erstellen. Der Nachweis, wann und in welchen Einzelbeträgen die Ausgaben für Baumaßnahmen geleistet wurden, wird durch die Baurechnung (Nr. 2) geführt.

Diese ist dem Verwendungsnachweis gemeinsam mit der Kostenfeststellung (bei Hochbauten nach DIN 276) und der Berechnung der Flächen und Rauminhalte (bei Hochbauten nach DIN 277) zur Prüfung beizufügen.

Bei umfangreichen Maßnahmen kann eine abweichende Regelung im Zuwendungsbescheid getroffen werden.

- 3.2 Werden über Teile einer Baumaßnahme (z. B. mehrere Bauprojekte / Bauabschnitte) einzelne Verwendungsnachweise geführt, so ist nach Abschluss der Baumaßnahme ein zusammenfassender Verwendungsnachweis nach beigefügtem Muster ¹⁾ aufzustellen.

¹ Hinweis für die Bewilligungsbehörde: Muster „VN-ZBau“ siehe Abschnitt 11.9 des Bauhandbuchs

Verwendungsnachweis

1 Baumaßnahme

Bezeichnung:	_____
Anschrift:	_____ _____

2 Zuwendungsempfängende oder Zuwendungsempfängender

Name:	_____
Anschrift:	_____
Auskunft:	_____ Tel.: _____ Fax.: _____

3 Bewilligungsbehörde

Name:	_____
Anschrift:	_____
Auskunft:	_____ Tel.: _____ Fax.: _____

4 Bewilligte Mittel - Zuschüsse (Z) und Darlehen (D)

Bewilligungsbehörde	Zuwendungsbescheid/-vertrag Datum u. Aktenzeichen	Euro
_____	_____	_____ Z/D *)
_____	_____	_____ Z/D *)
_____	_____	_____ Z/D *)
Bewilligter Gesamtbetrag		_____ Z/D *)
In Anspruch genommener Betrag		_____ Z/D *)

5 Sachbericht

(Eingehende Darstellung der Durchführung der Baumaßnahme, Bauzeiten usw., ggf. gesondertes Blatt.)
--

6 Zahlenmäßiger Nachweis

6.1 Gesamtausgaben

Gesamtausgaben der Baumaßnahme	_____ Euro
Davon Ausgaben für den Teil der Baumaßnahme (Bauobjekt/Bauabschnitt), für den die Zuwendung bewilligt worden ist.	_____ Euro

6.2 Einnahmen

Art Eigenanteil, Zuwendungen, Leistungen Dritter	lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag		lt. Abrechnung	
	Euro	v.H.	Euro	v.H.
Eigenanteil	_____	_____	_____	_____
Bundesanteil Z/D *)	_____	_____	_____	_____
Landesanteil Z/D *)	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
Summe	_____	100	_____	100
In früheren Bauobjekten / Bauabschnitten vorgesehene / eingenommene Beträge	_____		_____	_____
Einnahmen insgesamt	_____		_____	_____

6.3 Ausgaben

Ausgabengliederung **)	lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag		lt. Abrechnung	
	insgesamt	davon zuwendungsfähig	insgesamt	davon zuwendungsfähig
	Euro	Euro	Euro	Euro
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
Summe	_____	_____	_____	_____
In früheren Bauobjekten / Bauabschnitten bereits geleistete Ausgaben	_____		_____	_____
Ausgaben insgesamt	_____		_____	_____

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

**) Es sind nur die Summen der Kostengruppen (bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Bewilligungsbescheides) anzugeben. Dabei ist entsprechend den der Bewilligung zugrunde gelegten Bauunterlagen nach Bauobjekten oder Bauabschnitten zu unterteilen; ggf. auf gesondertem Blatt.

7 Erklärung der oder des Zuwendungsempfängenden

Es wird erklärt, dass
die in den Bauvorlagen enthaltenen Angaben mit der Örtlichkeit übereinstimmen, die baufachlichen und sonstigen Bedingungen und Auflagen beachtet, die vorgeschriebenen Prüfungen bzw. Schlussabnahmen durchgeführt, die Bedingungen und Auflagen eingehalten wurden und die Angaben über die Baumaßnahme, ihre Ausgaben und die Finanzierung vollständig und belegt sind.
Zur Nachprüfung stehen die im Zuwendungsbescheid genannten Unterlagen einschließlich Baurechnung mit Belegen zur Verfügung.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

8 Ergebnis der baufachlichen Prüfung

Der Verwendungsnachweis wurde baufachlich geprüft. Es ergaben sich keine / die aus der Anlage ersichtlichen *) Beanstandungen.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

9 Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine / die aus der Anlage ersichtlichen *) Beanstandungen.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

Zahlungsplan vom _____

Baumaßnahme:

(Bezeichnung)

(Anschrift)

**Zuwendungsempfängerin/
Zuwendungsempfänger:**

(Name)

(Anschrift)

Aufgestellt:

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

Prüferin oder Prüfer:

(Name)

(Anschrift)

Geprüft:

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

Bewilligungsbehörde:

(Name)

(Anschrift)

Anerkannt:

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

Zahlungsrate	Stand der Baumaßnahme	Anerkannte Kosten lt. geprüfter Bau- und Kostenunterlage						Zahlungs- raten (Euro)	Finanzierung			Bemerkungen
		100 Grundstück 200 Herrichten und Er- schließen	300 Bauwerk Baukon- struktionen	400 Bauwerk Techn. Anlagen	500 Außen- anlagen	600 Aus- stattung und Kunstwerke	700 Bauneben- kosten und Auf-/ Abrundung		Eigenanteil (Euro)	Bundes- anteil (Euro)	Landes- anteil (Euro)	
1												
2												
3												
4												
5												
6												
7												
8												
9												
10												
11												
12												
Gesamtkosten (Euro)												

Bewilligte Zuwendungen lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:		vom		, max		Euro	
Bewilligte Zuwendungen lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:		vom		, max		Euro	